
AKKUMULATION

INFORMATIONEN DES ARBEITSKREISES FÜR KRITISCHE UNTERNEHMENS- UND
INDUSTRIEGESCHICHTE

Nr. 15/2001

Tarifsystem und Leistungslohn:

Betriebliche Lohnauseinandersetzungen in der Weimarer Republik am Beispiel der Leverkusener Farbwerke (Teil 2)

Werner Plumpe, Frankfurt am Main

c. Die Bedeutung des Tarifvertragssystems für die betriebliche Aushandlungsstruktur

Die Beseitigung der Autonomie der Werksleitungen bei der Festsetzung der Löhne und Arbeitsbedingungen und damit zugleich die Aufhebung der meistergestützten und individualisierenden Lohnwillkür war eines der zentralen Ziele der deutschen Gewerkschaften vor 1914 und schien spätestens mit der Vereinbarung des Zentralarbeitsgemeinschaftsabkommens 1918 auch erreicht. Die Motive hinter dieser Zielsetzung waren dabei nicht allein die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterschaft, sondern zugleich auch das Wissen um die organisationsstärkende Bedeutung des Flächentarifes. Die Praxis des künftigen Tarifsystems aber war im einzelnen kaum bedacht worden. Zur prägenden Kraft bei der Ausgestaltung des Tarifsystems wurden entsprechend keineswegs einheitliche konzeptionelle Überlegungen, sondern das Organisationsinteresse der unterschiedlichen Gewerkschaften. Das Ziel der Vereinheitlichung der Tarifstrukturen scheiterte somit bereits frühzeitig an den Sonderinteressen der Organisationen der gelernten und der ungelerten Arbeiter; in den neuen Manteltarifverträgen wurden in der Regel die traditionellen Differenzierungen der Arbeiterschaft entsprechend ihrer Qualifikation und der Arbeitsstrukturen festgeschrieben. Auch in der Frage der Leistungslohnsysteme kam es nicht zu einheitlichen Regelungen, und zwar einerseits wiederum wegen der unterschiedlichen Haltung der verschiedenen Gewerkschaften, andererseits wegen des keineswegs grundsätzlichen Widerstandes der Belegschaften gegen den Akkord. Zwar waren in den Betrieben seit 1917 die Akkorde außerordentlich unpopulär geworden, da ihnen wegen der Inflation und der Versorgungsmängel keine realen materiellen Gegenleistungen mehr entsprachen und die Erschöpfung der Arbeiter immer mehr zugenommen hatte; hieraus aber auf eine generelle Ablehnung der Akkordarbeit in der Industriearbeiterschaft zu schließen, wie es namentlich die sozialistischen Gewerkschaften taten, war verfehlt. Eine einheitliche Haltung bestand in den ersten Nachkriegsjahren daher lediglich in der Arbeitszeitfrage; eine einheitliche Haltung insofern, als sich Gewerkschaftsforderungen und Belegschaftswünsche weitgehend deckten. Diese Einheit war indes prekär: Während in den Jahren zwischen 1918 und 1923 die politische Bedeutung des Achtstundentages im Vordergrund stand, wurde die Mehrarbeit zwischen 1924 und 1929 vor allem zu einer Frage des Lohneinkommens. Mehrarbeit wurde nach 1924 von den Belegschaften nur noch zu einem

geringer werdenden Teil aus politischen Gründen abgelehnt; es dominierte jetzt vielmehr das Interesse an einem möglichst hohen Mehrverdienst. Hierbei dürfte die Erfahrung eine wesentliche Rolle gespielt haben, daß fast alle Arbeitszeitkämpfe in der frühen Nachkriegszeit entweder verlorengegangen waren oder nur mit politischer Unterstützung halbwegs gewonnen werden konnten. Vor allem aber spielte nach der Inflation das niedrige Reallohniveau die Rolle des Katalysators, der einer politischen Betrachtung der Arbeitszeitfrage den Boden entzog. Betriebsräte und Gewerkschaften, die den Achtstundentag aus politischen und volkswirtschaftlich-strukturellen Gründen verteidigen wollten, gerieten auf diese Weise in einen Doppelkonflikt mit Unternehmensleitungen und relevanten Belegschaftsteilen. In der Weltwirtschaftskrise schließlich brachte das Arbeitsmarktrisiko Arbeitszeitkämpfe von Seiten der Belegschaften zum Erliegen. Das Verhalten der Belegschaften läßt sich ökonomisch vielleicht am besten über die Opportunitätskosten des Achtstundentages begreifen. So lange der Freizeit- und Erholungsgewinn durch kürzere Arbeitszeit nicht durch Einkommensverluste mehr als ausgeglichen wurde, dominierte eine letztlich politische Sichtweise der Arbeitszeitfrage. Mit dem Steigen der Opportunitätskosten einer kurzen Arbeitszeit nach dem Ende der Inflation, änderten sich ihre Beurteilungskriterien und der mögliche Einkommenszuwachs wog schwerer als der Freizeitverlust.

Die Voraussetzungen für eine einheitliche und straffe Gestaltung der Tarife, durch die betrieblichen Handlungsspielräume wirksam hätten begrenzt werden können, waren also denkbar schlecht. Die Manteltarifverträge für die chemische Industrie spiegelten diese Situation wider, zumal in dieser Branche die politische Zwangsschlichtung zu keinem Zeitpunkt notwendig wurde, da die Kompromißbereitschaft aller Seiten in den Tarifverhandlungen relativ groß war.¹ Der Rahmentarifvertrag für den Kölner Bezirk der Chemischen Industrie von 1930² kann als Beispiel für die große Flexibilität und Differenziertheit der tariflichen Vereinbarungen dienen. An ihm waren auf Seiten der Gewerkschaften sieben Verbände beteiligt, die drei unterschiedliche Berufsgruppen vertraten. Entsprechend differenziert war die Einteilung der Belegschaften in Tarifgruppen. Danach gab es vier grobe Kategorien von Arbeitern, nämlich Jugendliche, Arbeiterinnen, ungelernte und angelernte Arbeiter sowie gelernte „Handwerker“. Alle Gruppen waren in drei oder mehr, zumeist nach dem Prinzip der Anciennität, das mit dem Anlerngrad korrelierte, begründete Untergruppen aufgeteilt. Hinzu trat des weiteren die Gruppe der Vorarbeiter. Waren somit die Entlohnungsdifferenzen über diese Einteilung bereits sehr ausgeprägt, so konnten zu den vereinbarten Tariflöhnen für die einzelnen Gruppen noch Zuschläge (in zwei Stufen) treten, und zwar für Arbeit „an Arbeitsstellen mit besonders schmutzigen oder gesundheitsschädlichen Arbeitsverhältnissen“. Die Bestimmung der zuschlagspflichtigen Arbeitsplätze und der Höhe der Zuschläge hatte im Einvernehmen mit dem Arbeiterrat zu erfolgen. Die Akkordarbeit war im einzelnen dahingehend geregelt, daß sie im Durchschnitt 15% Überverdienst, zumindest aber den Tariflohn garantierte, die Akkordverträge sollten i.d.R. vor Aufnahme der Arbeit freiwillig geschlossen werden und für vergleichbare Arbeiten auch vergleichbar sein. Entsprachen Akkordvereinbarungen nicht diesen Vorschriften hatte der Arbeiterrat ein Inter-

¹ Berkel 1982. Das Beispiel der Chemie zeigt im übrigen, daß das Weimarer kollektive Arbeitsrecht bei gutem Willen der Beteiligten und - dies ist von großer Bedeutung - bei einigermaßen günstigen ökonomischen Daten durchaus funktionsfähig war. Das Starren der Wirtschafts- und Sozialgeschichtsschreibung auf die Metall- und die Eisen- und Stahlindustrie und das hieraus abgeleitete strukturelle Versagen der Weimarer Verfahrensrichtlinien sind aus der Perspektive der Chemie nur als einseitig zu charakterisieren.

² BAL 215/1, Bd.1.

ventionsrecht. Im Falle der Nichteinigung entschied zunächst die Werksleitung über die Fortsetzung des Akkordes, während der Fall zugleich vor den tariflichen Schlichtungsausschuß gebracht wurde. Bei Überstunden hatte der Arbeiterrat ein Informationsrecht. Bei entstehenden Meinungsverschiedenheiten war ein innerbetriebliches Schlichtungsverfahren festgelegt, das eine einvernehmliche Regelung zwischen Arbeiterrat und Werksleitung ermöglichen sollte.

Diese 1930 festgelegten Verfahrensweisen hatten sich seit 1918 sukzessive herausgebildet und in verschiedenen Tarifverträgen wie in der betrieblichen Praxis festgesetzt. Schon der erste Rahmentarifvertrag für die Zeit von April bis Herbst 1919³ hatte Überstunden und Akkordarbeit im Prinzip zugelassen und in Streitfällen ein Anhörungsrecht der Arbeitervertretung verankert, ohne dies freilich genauer festzulegen. Auch die Differenzierung der Belegschaften in unterschiedliche Gruppen, wenn auch noch nicht so ausgeprägt wie 1930, kennzeichnete bereits diesen Tarifvertrag. Der Reichsrahmentarifvertrag für die Chemische Industrie vom Sommer 1919 bestätigte die regionalen Manteltarife, auch wenn in ihm noch das Bemühen um eine spürbare Begrenzung der Akkordarbeit sichtbar war. Auf dieser Basis legte die Werksleitung im September 1919 das erste einheitliche Lohnsystem für die Farbenfabriken⁴ fest, das in Zukunft entsprechend der Lohnsätze und der Änderungen in den Manteltarifen entsprechend fortgeschrieben wurde. Es enthielt allein 26 verschiedene Handwerkerkategorien sowie 19 Kategorien un- und angelegener Arbeiter, die jeweils nach der Dauer ihrer Betriebszugehörigkeit wiederum in drei Untergruppen eingeteilt waren. Zu dieser Klassifizierung trat ein umfangreiches Zulagen- und Zuschlagssystem für einzelne Arbeitsplätze und Tätigkeiten hinzu. Ein im Herbst 1929 aufgestelltes Verzeichnis der Zuschläge zu den tariflichen Stundenlöhnen umfaßte immerhin 154 zuschlagsberechtigte Tätigkeiten.⁵ Die Arbeitszeitregelungen schließlich gingen zunächst bis 1923/24 von möglicher, aber zuschlagspflichtiger Überarbeit aus. Die Neuregelung der Arbeitszeit im Reich 1924 brachte für Leverkusen daher keine bedeutende Änderung. Lediglich die Zuschlagspflicht der neunten Arbeitsstunde entfiel.

Gegenstände der betrieblichen Aushandlungsprozesse waren mithin erstens die Leistungslohnsysteme, zweitens die Eingruppierung der Arbeiterschaft, drittens die Zuschläge und viertens die Arbeitszeiten. Im Gegensatz zur Vorkriegszeit waren alle vier Punkte nunmehr mitbestimmungs- und/oder mitberatungspflichtig. Der Praxis dieser Aushandlungsprozesse widmet sich der letzte Abschnitt dieses Papiers.

d. Aushandlungspraxis im Betrieb nach 1918/20

Wenn auch die Werksleitung in Leverkusen vor dem Ersten Weltkrieg zu den entschiedensten Gegnern des kollektiven Arbeitsrechtes gezählt hatte, so vollzog sie die Wende zum kollektiven Arbeitsrecht 1918/20 doch in einer erstaunlichen Schnellig- und Anpassungsfähigkeit.⁶ Die Ursachen waren kurz gesagt das reine Selbsterhaltungsinteresse sowie andererseits die durch den Krieg endgültig aufgedeckten Defizite der betrieblichen Leistungsorganisation. Die bisherige Organisationsstruktur

³ BAL 215/1, Bd.1.

⁴ BAL 215/3.

⁵ BAL 215/1, Bd.1.

⁶ Werner Plumpe, Mikropolitik im Unternehmen: Die Reaktion der Farbenfabriken vorm. Bayer & Co in Leverkusen auf die Novemberrevolution 1918/19, in: Karl Lauschke, Thomas Welskopp (Hg.), Mikropolitik im Unternehmen. Arbeitsbeziehungen und Machtstrukturen in industriellen Großbetrieben des 20. Jahrhunderts, Essen 1994, S.123-160.

erwies sich in der Anpassungskrise des Winter 1918/19 dabei als der entscheidende Punkt, da sich ihre Strukturen ohne großen Aufwand ändern bzw. neu definieren ließen, und zwar im Gegensatz zur Vorkriegszeit jetzt unter bewußtem Einbezug der Interessenwahrnehmungsformen und –bedürfnisse der Arbeiterschaft. Das Ausschußsystem wurde unter Beteiligung der Arbeiterschaft stark ausdifferenziert und damit die betrieblichen Konflikte in Kommunikationsprozesse transformiert, die ein zumindest vom Ansatz her gleichberechtigtes Artikulieren von Arbeiterforderungen zuließen. Die Ebene des mittleren Managements wurde im Gegenzug aus der betrieblichen Lohnpolitik ausgeschaltet bzw. unter die enge Kontrolle von Ausschüssen gestellt, an denen nunmehr auch Vertreter der Arbeiterschaft beteiligt waren.

Zu entscheidenden neuen Instanzen der betrieblichen Aushandlungsprozesse wurden der Lohnausschuß, in dem Fragen der Eingruppierung und der Zuschläge beraten wurden, sowie der nach einem verlorenen Streik 1920 eingerichtete Akkordausschuß, der sich mit Fragen der Leistungslohnsysteme befaßte. Die Forderung des Arbeiterrates, diesem Ausschuß das Recht zur vorherigen Beratung aller Akkordverträge zuzugestehen, wurde von der Werksleitung allerdings kategorisch und erfolgreich abgelehnt.⁷ Die in den Ausschüssen aufeinandertreffenden Interessen waren im Grundsatz klar. Der Werksleitung ging es um die Steigerung der Leistungsfähigkeit des Werkes und den Abbau der nach der Revolution verbreiteten Disziplinlosigkeit. Zuschläge und Akkorde schienen – neben verstärkten Kontrollen, die aber vor 1923 in der Regel wirkungslos blieben – hierzu das geeignetste Mittel, auch wenn die Werksleitung noch keine ausgearbeiteten Akkordrichtlinien zur Verfügung hatte. Für die Arbeiterschaft und ihre Vertreter, neben den Arbeiterratsmitgliedern waren dies insbesondere die Vertrauensleute, die unter expliziter Befürwortung der Werksleitung werkstatt- bzw. arbeitsgruppenweise gewählt wurden, ging es vor allem um Möglichkeiten zur Lohnsteigerung über die fixierten Tariflohnsätze hinaus. Eine politisch motivierte Ablehnung der Akkordarbeit war dabei wohl vorhanden, blieb aber praktisch bedeutungslos, da die Arbeiterschaft selbst an dieser Möglichkeit der Verdienststeigerung interessiert war. Problematisch war mithin nicht der Akkord an sich, sondern das jeweils genutzte Akkordsystem.

Zunächst sei die Arbeit des Lohnausschusses näher betrachtet, und zwar hier am Beispiel der „wilden“ Jahre 1920 bis 1923. Zwischen Anfang 1920 und 1923 kam es zu insgesamt 29 Lohnausschußsitzungen, von denen allein 15 1920, weitere sechs 1921, fünf 1922 und drei 1923 stattfanden.⁸ Die Arbeit des Lohnausschusses befaßte sich insgesamt mit drei Problemgruppen. Zunächst ging es um arbeitsplatzspezifische Zuschläge, die dem Grunde nach – durch das Zuschlagsabkommen – geregelt waren, vom Lohnausschuß aber auf Antrag der jeweiligen Vertrauensleute bzw. des Arbeiterrates an die jeweiligen Werkstatt- und Betriebsverhältnisse bzw. an veränderte Arbeitsprozesse angepaßt wurden. Zweitens wurden Fragen der individuellen Entlohnung, also der Eingruppierung in die tariflichen Lohngruppen verhandelt, bei den Fabrikarbeitern in der Regel Fragen der Höhergruppierung von Lohngruppe II nach III, bei den angelegerten und Hilfs-„handwerkern“ Fragen ihrer Gleichstellung mit den gelernten Arbeitskräften. Drittens schließlich verhandelte der Lohnausschuß Fragen der Arbeitsbedingungen, des Essenholens, der Bade-, Wasch- und Wegezeiten. Im Lohnausschuß herrschte ein durchweg kooperatives, sachliches Klima. Individualanträge wurden in der

⁷ Protokoll der Sitzung des Fabrikkontorausschusses vom 9.12.1920, BAL.

⁸ BAL 215/3.

Regel bewilligt, Werkstatt- bzw. Betriebsforderungen nach Höhergruppierung oder kollektiven Zulagen geprüft und in der Mehrzahl der Fälle, wo es den Verhandelnden sachlich gerechtfertigt erschien, ebenfalls gebilligt. Als Beispiel sei die Lohnausschußsitzung vom 20.12.1921 genauer vorgestellt. 24 Anträge wurden verhandelt; von diesen waren eingebracht 16 vom Arbeiterrat, vier von Betriebsführern und zwei von Arbeitergruppen; zwei Antragsteller ließen sich nicht ermitteln. Von den Anträgen des Arbeiterrates wurden sechs bewilligt, sechs abgelehnt sowie vier zur weiteren Prüfung bzw. Diskussion gestellt. Die Betriebsführer- und die Belegschaftsgruppenanträge wurden genehmigt, die zwei nichtidentifizierbaren Anträge ebenfalls.⁹ Bei durchschnittlich 15 Tagesordnungspunkten pro Sitzung wurden auf diese Weise zwischen Sommer 1921 und Sommer 1923 etwa 180 Fälle, die einen erheblich größeren Kreis von Arbeitern betrafen, erledigt, die Mehrzahl im Interesse der Antragsteller. Um nur ein Beispiel herauszugreifen. Auf der Lohnausschußsitzung am 21.10.1920 wurden 16 Anträge auf Zulagen allgemeiner und individueller Art gestellt, wovon 13 Anträge genehmigt, zwei den Betriebsführern zur Überprüfung übergeben und lediglich einer abgelehnt wurden.¹⁰

Der Lohnausschuß wurde jenes Gremium, in dem die vor 1918 vor die einzelnen Meister gebrachten Forderungen nunmehr kollektiv verhandelt wurden. Die Arbeiter in den einzelnen Werkstätten nutzten ihre Vertrauensleute dabei jeweils als Sprachrohr, um im Lohnausschuß ihre Forderungen vorbringen und durchsetzen zu lassen. Auf diese Weise wurden die Werkstatt- und Arbeitsgruppenforderungen in der Regel gefiltert und reformuliert. Durch die Reformulierung durch Arbeiterräte und Vertrauensleute wurden die Forderungen gleichsam „objektiviert“, d.h. ihr spontaner und häufig moralischer Charakter wurde durch „sachliche“ Begründungen ergänzt, wenn nicht völlig ersetzt, um in den Verhandlungen mit der Werksleitung einen besseren Stand zu bekommen, und zwar durchaus mit Erfolg: Die Vertreter der Werksleitung waren überall dort kompromißbereit, wo dies „sachlich“ gerechtfertigt schien und keine Ungleichbehandlung provozierte. Im Lohnausschuß etablierte sich damit eine neue Ebene kollektiver Lohnverhandlungen, die die alten Aushandlungsstrukturen des Werkes fortsetzte und zeitgemäß modifizierte. Diese „neue“ Ebene lebte aber letztlich von der traditionellen „Aushandlungskultur“ des Werkes, von der Existenz der Ausschüsse und der Tradition, arbeitsplatzspezifische Forderungen vorzubringen. Das „Neue“ war, daß die Ebene der Meister ausgeschaltet und die Ausschüsse paritätisch besetzt waren. Der Ansatz, Konflikte und Probleme in regulierter Kommunikation zu lösen, der für die Organisationsstruktur des Werkes generell auch schon vor 1914 typisch gewesen war, wurde nach 1918 durchaus erfolgreich auch auf das Feld der sozialen Beziehungen ausgeweitet.

Die Arbeit im Akkordausschuß verlief indes ambivalenter, auch wenn sein Grundmuster dem des Lohnausschusses entsprach. Das lag zum einen an der grundsätzlichen Bedeutung des Akkordes, zum anderen daran, daß das Werk selbst noch nicht sicher war, welche Akkordmethoden es anwenden sollte, und hing schließlich drittens eng mit der Frage der Neugestaltung der Kontrolle der Arbeitsprozesse überhaupt zusammen. Für die Werksleitung war klar, daß von der Akkordierung des Werkes sein wirtschaftlicher Erfolg abhing, da die Möglichkeiten einer technischen Rationalisie-

⁹ Niederschrift über die Sitzung des Lohnausschusses, 20.12.1921, BAL 215/3.

¹⁰ Niederschrift über die Sitzung des Lohnausschusses, 21.10.1920, BAL 215/3.

rung der Arbeitsprozesse beschränkt waren. Einige Beispiele aus der Entwicklung in den Jahren zwischen 1924 und 1928 sollen diese Problematik verdeutlichen.

Wegen der großen Bedeutung der Leistungssteigerung für die wirtschaftliche Entwicklung des Werkes hatte die Werksleitung parallel zum paritätischen einen internen, allein werksseitig bestellten Akkordausschuß gebildet, der eine Domäne der Ingenieure wurde und zugleich auch die Aufsicht über die zu Beginn der zwanziger Jahre eingerichtete Akkordstelle führte, die die bisherige Meisterkalkulation durch eine wissenschaftliche Akkordkalkulation ersetzen sollte.

Der interne Akkordausschuß traf sich nach langer Zeit erstmals wieder Anfang November 1924.¹¹ Seine ersten Diskussionen waren ein Spiegelbild des komplizierten und keineswegs einfach zu handhabenden Lohnsystems in den Farbenfabriken. Oberingenieur Jähne erläuterte das Arbeitsprogramm: „Der Akkord soll zwei Zwecken dienen. 1.) soll er die Arbeitsleistungen steigern, 2.) soll er die Verdienstmöglichkeiten für die Arbeiter erhöhen. Die Grenze dafür muß so liegen, daß die Fabrik auch noch einen Vorteil aus der Akkordarbeit hat“, was bedeuten sollte, daß nicht der gesamte Produktivitätszuwachs in den Akkordüberverdienst fließen durfte. Überdies habe der Akkord zur Zeit noch eine ärgerliche zusätzliche Funktion: „Er soll allgemein die Verdienstmöglichkeit so erhöhen, daß der Stundenlohn niedriger gehalten und so die Gleichmacherei in den Lohnstarifen ausgeglichen werden kann.“ Durch diese komplexe Aufgabenstellung sei in den vergangenen Jahren eine Tendenz zu überhöhten Zeitvorgaben bei der Akkordberechnung eingerissen, um einen gewissen Überverdienst auf jeden Fall zu garantieren, so daß der leistungssteigernde Effekt der Akkordarbeit verlorengegangen sei. Das bisherige System der Zeitberechnung bei Akkorden, das nach 1918 im Kontext der Inflation sukzessive den vorherigen Geld- und Stückakkord abgelöst hatte, müsse also überprüft und ggf. so korrigiert werden, daß „ein mittlerer Überverdienst von tüchtigen Arbeitern bei besonderem Fleiß erreicht wird.“ Man beschloß, zunächst die Zeittafeln in der Holzbearbeitung zu überprüfen und zu ändern, da hier von den Arbeitern selbst auf die Bekanntgabe neuer Zeiten und die Beseitigung offensichtlicher Widersprüche gedrängt werde. Im Anschluß sollten dann die übrigen Akkorde in der Fabrik durchgesehen werden. Parallel zu den Akkorden mußten auch die Qualitätszuschläge überprüft werden.

Die anschließende Diskussion im internen Akkordausschuß brachte zahlreiche Probleme des Lohnsystems auf den Tisch. Offensichtlich würden viele Akkorde erst im Nachhinein festgelegt, für viele Arbeiten, die man besser mit Zuschlägen erledigt hätte, würden Akkorde ausgegeben, teilweise komme es zu nachträglichen Akkordabzügen u.ä.m. Die Akkordzettel seien häufig nicht differenziert genug, um überhaupt eine Nachprüfung durch die Akkordstelle zuzulassen. Manche Meister würden für schmutzige Arbeiten statt Schmutzzulagen Akkorde ausgeben, gegen das gezielte Akkordbremsen werde nicht eingeschritten. Kurz: nachdem das Problem formuliert war, stellte sich heraus, daß die einfache Lösung, die die Direktion gefordert hatte, ausgeschlossen war. Bayer stand Ende 1924 vielmehr vor dem Problem, seine gesamten Leistungslohnsysteme, die einerseits noch von der Inflation und der willkürlichen Akkordpraxis der Vorkriegs- und Kriegszeit bestimmt waren, andererseits deutliche Spuren einer „arbeiterfreundlichen“ Kalkulationspraxis im Kontext der Akkordvereinbarung von 1920 aufwiesen, zu ändern.

¹¹ Akkordausschußsitzung, 4.11.1924, BAL 215/7.

Dabei machte sich bei Teilen der Werksleitung die Vorstellung breit, eine Rückkehr bzw. ein Übergang zum reinen Geldakkord könne ein Ausweg aus dem Fehlen von Zeittafeln, der Bremsstrategie der Belegschaft und der Meisterwillkür bedeuten. Jähne sagte ganz offen, „beim Zeitakkord liegt die Gefahr nahe, daß die Meister, um irgendeinen Lohnausgleich herzustellen, die Zeiten öfters reichlich bemessen und daß so einwandfreie Zeiten nie erreicht“ würden.¹² Die Sozialabteilung formulierte gegen den Geldakkord zwar Bedenken, weil die besseren Leute die Fabrik verlassen würden und bei der gegenwärtigen Unsicherheit der Lohnsätze mit häufigen Nachkalkulationen zu rechnen sei, jedoch setzten sich die Ingenieure mit ihrer Geldakkordforderung durch, auch deshalb, weil auf diese Weise das Bremsen besser bekämpft werden könnte. „Nach reiflicher Überlegung kommt man zu folgendem Beschluß: Der Akkordausschuß ist der Ansicht, daß es wünschenswert ist, vom Zeit- zum Geldakkord überzugehen und gleichzeitig den jetzigen Zuschlag von 15% fallen zu lassen. ... Der vorstehende Beschluß soll bei der nächsten allgemeinen Akkordausschußsitzung den Arbeitervertretern bekanntgegeben werden.“¹³ Ohne Zeittafeln würde man aber auch beim Geldakkord nicht auskommen und so beschloß man des weiteren, die Überprüfung und Erneuerung aller Zeitkalkulationen voranzutreiben. Dabei ergab sich zwangsläufig der Streitpunkt, wie weit die Arbeiter Einblick in die Zeitkalkulationen und damit in die Zerlegung der Einzelarbeiten gewinnen sollten. Während der Vorsitzende Oberingenieur Jähne den Arbeitern nur die Grobzeiten bekanntgeben und damit insbesondere die Praxis der ungenauen Kalkulation decken wollte, plädierten die Ingenieure für präzise Zeitkalkulationen, um die vielen „Schiebereien“ zu verhindern. Nach zwei Sitzungen des Akkordausschusses gab es daher zwar Richtlinienbeschlüsse (Geldakkorde, Grobkalkulation), doch beruhten diese nicht auf fertigen und erprobten Konzepten, sondern waren willkürliche Richtungsentscheidungen, die nach den stattgehabten Diskussionen ohne weiteres auch hätten anders fallen können. Mit ihrer Abkehr vom Prinzip des 15%igen Überverdienstes und dem Verzicht klarer und eindeutiger Kalkulationen verstießen diese Beschlüsse mehr oder weniger direkt gegen die noch immer gültige Akkordvereinbarung mit dem Arbeiterrat.

Auf der ersten paritätischen Akkordausschußsitzung am 2.11.1924¹⁴ wurden daher genau diese Punkte auch sofort zum Streitgegenstand. Der Betriebsratsvorsitzende Sparre, der für die insgesamt vier Handwerkervertreter das Wort führte, bemängelte den Geldakkord, der weder der noch instabilen Lohnsituation entspreche noch angesichts des befriedigenden Funktionierens der Zeitakkorde überhaupt nötig sei. Durch Verweigerung der Einsichtnahme in die Zeittafeln breche die Werksleitung überdies früher getroffene Abmachungen. Jähne bestand auf der Position der Werksleitung und behauptete, die Qualität der Tafeln sei gut. Der Hauptstreit ging indes um die Höhe des Überverdienstes, denn gerade um das Hinarbeiten auf die 15%-Überverdienstgrenze zu beseitigen, hatte die Werksleitung die Einführung des Geldakkordes beschlossen. Die beginnende Einführung des Geldakkordes bzw. die Kürzung von Vorgabezeiten im Zeitakkord stieß daher auf massive Kritik von Otto Sparre. Ein anderer Handwerkervertreter sprang ihm bei und erwähnte Fälle, in denen die Arbeiten in den kalkulierten Zeiten gar nicht ausführbar gewesen seien. Jähne bestritt wiederum jede Akkordkürzungsabsicht. Der Direktion gehe es lediglich um die Beseitigung der 15%-Bremse. Man wolle, daß wirkliche Leistungsarbeit erfolge, die über die 15%-Grenze hinausgehen könne, ohne

¹² Akkordausschußsitzung, 18.11.1924, BAL 215/7.

¹³ Akkordausschußsitzung, 18.11.1924, BAL 215/7.

¹⁴ BAL 215/7.

daß eine Akkordkürzung zu befürchten sei. So wie im Moment gehe es aber nicht weiter; die bisherigen Zeiten und Arbeitsleistungen seien nicht zufriedenstellend. Sparre ging auf diesen Vorschlag schließlich ein und meinte, wenn die Direktion garantiere, daß Überverdienste von mehr als 15% nicht zu einer Änderung der Vorgabezeiten führten, würde auch die schematische Überarbeit aufhören. „Jähne erwidert, daß sich das mit seinem Bestreben decke, aber bei Massenartikeln und öfters vorkommenden Arbeiten noch nicht durchzuführen sei. Dort müsse man sich, falls die Akkordsätze zu hoch seien, eine Änderung schon vorbehalten. Bei Arbeiten, die sich nicht oder wenigstens nicht öfters wiederholen, sei gegen einen hohen Überverdienst ... nichts einzuwenden. Dagegen deute ein gleichmäßiger Überverdienst stets darauf hin, daß die Akkordsätze zu hoch seien und einer Änderung bedürfen.“¹⁵ Man ging ohne Einigung auseinander, jedoch wies Sparre auf mögliche Schwierigkeiten in der Arbeiterschaft ebenso hin wie er noch einmal betonte, ein Übergang zum Geldakkord sei nicht nötig.

Das Plädoyer für den Zeitakkord verfehlte seine Wirkung bei der Werksleitung nicht. Doch betonte Jähne auf der nächsten Sitzung des internen Ausschusses, daß es gar nicht um das bessere und einfachere Akkordsystem gehe, sondern um die Höhe der Lohnsumme: „Jähne bemerkt, daß der Hauptgrund, der für eine Änderung des jetzigen Akkordes spreche, der sei, daß seit der Einführung des Akkordes, trotzdem die Arbeit bedeutend abgenommen hat, die Summe der ausgezahlten Lohngehälter andauernd gestiegen ist.“¹⁶ In der Tat funktionierte die derzeitige Akkordpolitik von ihrer lohnpolitischen Seite her nicht. Der Zeitakkord hatte in den Betrieben zu einer Leistungspraxis geführt, die eine Variierung der Lohnsumme parallel zur Höhe der Produktion faktisch verhinderte. Der Grund war nach Auffassung eines Ingenieurs der vorherrschende Zeitakkord und der Vertrauensschwund zwischen Arbeitern und Vorgesetzten. „Wißmann stellt als Hauptpunkt der ganzen Akkordarbeit den hin, daß die Leute das Vertrauen zu ihren Vorgesetzten haben, daß wirklich verdiente Gelder auch ausbezahlt werden, ohne eine nachherige Kürzung der Akkordsätze befürchten zu müssen. So lange wir an einem festen Prozentsatz von 15 oder 20% festhalten, läßt sich nicht vermeiden, daß die Leute bei zu reichlich geschätzten Zeiten die Zeiten absummeln. Wißmann ist der Meinung, daß man bei einem anderen Akkordsystem in den Hauptwerkstätten mit der Hälfte der Leute auskäme.“¹⁷

1925 änderte sich die Geschäftslage der Farbwerke in Leverkusen nicht entscheidend. Die Prognose für das kommende Jahr, die Krekeler Anfang Januar 1925 den Betriebsführern gab, war ausgesprochen düster: „Ein Aufschwung ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten...“¹⁸ Angesichts übervoller Läger und schlechter Beschäftigung in den Farbstoffbetrieben erwartete Krekeler eine bestenfalls stagnierende Entwicklung der Beschäftigung. Anfang 1926 wurden die negativen Erwartungen bestätigt. Direktor Ott bezeichnete am 8.1.1926 das abgelaufene Geschäftsjahr als „das Jahr der größten Enttäuschung ...“, so daß wir mit banger Sorge der Zukunft entgegensehen müssen.“¹⁹ Erst zur Jahreswende 1926/27 machten sich deutlichere Anzeichen einer Konjunkturbesserung bemerkbar, die aber noch zurückhaltend kommentiert wurden, da man das „jetzige Anziehen der Produktion

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Akkordausschußsitzung, 2.12.1924, BAL 215/7.

¹⁷ Akkordausschußsitzung, 2.12.1924, BAL 215/7.

¹⁸ Bericht über die Betriebsführerbesprechung, 2.1.1925, BAL 13/4, Bd.1.

¹⁹ Bericht über die Besprechung der Betriebsführer, 8.1.1926, BAL 13/4, Bd.1.

nicht von langer Dauer“ währte. Direktor Ott „empfiehlt deshalb mit Neueinstellung von Arbeitskräften möglichst noch zurückzuhalten.“²⁰ Zwischen 1925 und 1927 blieb die Grundstimmung der Werksleitung in Leverkusen von verhaltenem Pessimismus bestimmt, der Sparzwang beherrschte das Feld und wurde durch die Wirkung des I.G.-Zusammenschlusses noch verstärkt, der im übrigen in den Betriebsführerbesprechungen in Leverkusen selbst als Folge des Sparzwanges hingestellt wurde. Dieser „Sparzwang“²¹ wurde auch zur entscheidenden Determinante der weiteren Leistungslohnpolitik der Werksleitung.

Im Januar 1925 war man in der Frage des zukünftigen Akkordsystems einer rationalen Entscheidung noch keinen wirklichen Schritt nähergekommen. Nachfragen bei benachbarten Firmen hatten ein Votum zugunsten des Zeitakkordes ergeben, da die Lohnverhältnisse noch zu unsicher seien. Eigene Überlegungen ließen indes erwarten, daß der Geldakkord entscheidende Vorteile zur Steigerung der Arbeitsleistung bzw. bei der Senkung der Lohnsumme im Verhältnis zur Produktion bringen würde. Beim Zeitakkord wurde der jeweilige Stundenlohn mit dem Quotienten aus effektiver und kalkulierter Arbeitszeit multipliziert, so daß die Akkordverdienste mit höherem Stundenlohn automatisch zunahmen, ohne daß die Leistung stieg. Beim Geldakkord hingegen wurde für das zu arbeitende Stück auf der Basis kalkulierter Arbeitszeiten und Durchschnittslöhne ein Preis errechnet und festgelegt. Zur Lohnfestsetzung wurden Stückleistung und Stückpreis miteinander multipliziert. Der Basiseffekt der unterschiedlichen Stundenlöhne entfiel. Nach internen Bayer-Berechnungen waren auf diese Weise die höher verdienenden, besseren Arbeiter zu erheblichen Mehrleistungen gezwungen, um auf ihre bisherigen Überverdienste zu kommen. Bei den durchschnittlichen Arbeitern fielen mit dem Stückakkord die Überverdienste ausgesprochen knapp aus, wenn sie nicht ganz verschwanden. Auch Unterschreitungen der tariflichen Stundenlöhne wurden damit leichter möglich. Akkordbremsen und Zeitschinderei könnten überdies, so waren sich die Verfasser einer internen Denkschrift sicher, wirksamer bekämpft werden.²² Trotz aller bekannten Probleme (rascher Wechsel der Durchschnittslöhne, Widerstände der Arbeiter, zunehmende Fluktuation der qualifizierten, höherbezahlten Belegschaftsteile) blieb angesichts dieser wirklichen oder scheinbaren Vorteile des Geldakkordes der interne Akkordausschuß bei seinem Versuch, den Geldakkord einzuführen und beschloß zunächst die Durchführung einer Art Modellversuch in der Holzbearbeitung und bei Roharbeiten. Man wollte die Umstellung aber nicht gegen die Betriebsvertretung vornehmen: „Vor der Umstellung der Akkorde in der Holzbearbeitung soll eine allgemeine Ausschußsitzung mit den Arbeitervertretern einberufen werden.“²³ Diese blieb bei ihrer ablehnenden Haltung.

Trotz des Widerstandes der Arbeitervertretung ging die Werksleitung aber schließlich doch mehr und mehr zum Geldakkord dort über, wo er auf klaren Grundlagen (Massenfertigung von Teilen in Werkstätten) durchgeführt werden konnte. Die zugrundeliegenden neuen Zeitkalkulationen, die mit dem Geldlohn multipliziert den Akkordsatz ergaben, wurden dabei ständig weiter gekürzt. Immer

²⁰ Bericht über die Besprechung der Betriebsführer, 4.2.1927, BAL 13/4, Bd.1.

²¹ Man mag sich natürlich darüber streiten, ob dieser Sparzwang objektiv existierte. Die finanzielle Lage der Farbwerke war auch in der Zwischenkrise 1925/26 nicht ungünstig, vor allen Dingen hatte man das Tief des Jahres 1924 ohne Einstellung zusätzlichen Personals einigermaßen überwunden. Gleichwohl standen die verantwortlichen Betriebsführer unter einem Sparzwang des Direktoriums, und angesichts der gegenüber 1913 in der Tat gestiegenen Kosten wirkte dieser auch glaubwürdig. Daß dies aus der Perspektive der Arbeiterschaft anders aussah, änderte nichts an den subjektiven Überzeugungen der Werksleitung.

²² Zeitakkord oder Geldakkord, 12.1.1925, BAL 215/7.

²³ Akkordausschußsitzung, 9.1.1925, BAL 215/7.

weniger konnte von Akkordvereinbarungen gesprochen werden, immer häufiger beklagten sich die Arbeitervertreter über Diktate der Werkmeister bzw. der Akkordingenieure und Zeitprüfer.²⁴ In Konfliktfällen zeigte sich die Werksleitung zwar zu nachträglichen Überprüfungen bereit, rückte aber von ihrer Haltung, die Lohnsumme im Verhältnis zur Produktionsentwicklung zu senken, nicht ab. Im Gegenteil behauptete sie, daß in den Farbenfabriken häufig zu teure Arbeit geleistet würde. Dabei erwies sich die Schwäche der Betriebsvertretung, die Akkordvereinbarungen nicht behindern, sondern nur im Nachhinein beanstanden konnte, als zentraler Nachteil ihrer Arbeit. Im Frühjahr 1925 war die Akkordvereinbarung vom Dezember 1920 praktisch überholt, ohne daß der Arbeiter- rat hiergegen effektive Widerstandsmöglichkeiten gehabt hätte, da in der Vereinbarung die Art des Akkordes nicht festgeschrieben worden war. Während die Verfahren *cum grano salis* entsprechend der Vereinbarung in Kraft geblieben waren, wurden deren materielle Regelungen zunehmend gegenstandslos.²⁵ Zu einem Bruch der Vereinbarungen war es vor allem dadurch gekommen, daß die Akzeptanz der Akkordarbeit nicht mehr freiwillig in Form eines Akkordvertrages erfolgte, sondern auf der Basis der Zeitvorgaben erzwungen wurde. Bei der Beseitigung der 15%-Überverdienst- Marge handelte es sich weniger um einen direkten Bruch als um eine schleichende Aushebelung der Akkordvereinbarung, wobei die Zeitprüfer eine zunehmend wichtigere Rolle spielten. Sie ermittel- ten unabhängig von der Haltung und Arbeitserfahrung der betreffenden Facharbeitergruppen Richt- zeiten für die Ausführung von Arbeiten, wobei sie sich nicht an den durchschnittlichen, sondern an den besonders leistungsfähigen Arbeitern orientierten, wie die Betriebsvertretung behauptete.²⁶ Mit diesen Kalkulationstabellen mußten die Meister vor Aufnahme der Arbeit den Stück- oder Geldak- kord festlegen. Ihre Spielräume für die individuelle Akkordkalkulation wurden dabei zusätzlich eingeengt.

Die Reaktion des Arbeiterrates auf diese Entwicklung bestand in dem Versuch, den Meistern größe- re Kalkulationsspielräume offenzuhalten. Der Hauptvorwurf der Betriebsvertreter gegen die Ak- kordpolitik bestand gerade in dem unsinnigen Schematismus der Zeittabellen, die von unerfahrenen und überforderten Zeitnehmern ermittelt worden seien. Diese würden zudem den Arbeitsvorgang zu eng betrachten und die zahlreichen Nebenarbeiten, Probleme bei der Materialbeschaffung und ähn- liches nicht ausreichend berücksichtigen. „Sparre erklärt das ganze Akkordsystem für falsch, so lange die ausgearbeiteten Richtlinien von den Meistern als unveränderlich und feststehend ange- sehen würden.“²⁷ Um die Entmachtung der Meister aber ging es gerade dem Akkordbüro und gewis- sen Ingenieuren. Während Bertrams daher Arbeiterratswünsche nach mehr Spielräumen für die Meister zurückwies und die Kommunikation dazu verweigerte („Da sich eine Einigung über diesen Fall nicht erreichen läßt, wird die Aussprache hierüber abgebrochen.“²⁸), ging man gegen alle er- kennbaren Verstöße von Meistern gegen die Zeitvorgaben der Zeitprüfer energisch vor. Im Februar 1926 kam es zum Konflikt um einen „Handwerksmeister“, der wegen schlechten Wetters und der Beschäftigung fachfremder Arbeiter in seiner Kolonne einen Akkord zur Verlegung einer Dampf-

²⁴ Sitzung des allgemeinen Akkordausschusses, 23.3.1925, BAL 215/7.

²⁵ Typisch hierfür der Konflikt um nichtakzeptierte Erdarbeitsakkorde in der Notstandskolonnen, die von Nichterdarbei- tern nach den Vorgabezeiten der Erdarbeiter ausgeführt werden sollten. Die Notstandsarbeiter hatten den Akkord nicht akzeptiert und bestanden auf der Bezahlung nach dem Stundenlohn, während die Werksleitung entsprechend der unter- durchschnittlichen Arbeitsleistung Lohnabzüge vornahm, Allgemeine Akkordausschußsitzung, 25.1.1926, BAL 215/7.

²⁶ Otto Sparre, Denkschrift über die Akkordarbeit in der chemischen Industrie, 7.6.1929, BAL 215/7.

²⁷ Allgemeine Akkordausschußsitzung, 25.1.1926, BAL 215/7.

²⁸ Ebenda.

leitung mit 1.500 Stunden veranschlagt hatte, während das Akkordbüro nur auf 1.084 Stunden gekommen war. Auf letzterer Basis war auch der Akkord abgeschlossen worden, doch hatte die Arbeit schließlich in der Tat 1.500 Stunden gedauert, so daß nun die Frage der Akkordbezahlung und der Meisterkalkulation aufgeworfen werden mußte.²⁹ Bei der Nachprüfung kamen schließlich Fehlverhalten und Überlastung des Meisters als Grund für die lange Dauer der Arbeit heraus. Er wurde seines Postens enthoben.³⁰ Danach überlegte sich der Akkordausschuß, wie derartige Vorfälle in Zukunft zu vermeiden seien. Man beschloß, eine schärfere Kontrolle der Akkordzettel vorzunehmen, vor allem aber die Ausfüllung der Akkordzettel den Arbeitern selbst zu übertragen. Die leitenden Ingenieure wurden dabei sehr kritisch: „Hilpert steht unter dem Eindruck, daß die Unregelmäßigkeiten in weitem Umfange vorgekommen und geduldet worden sind, was indes von den Anwesenden bestritten wird. Jähne glaubt aber, daß manche Meister mehr auf Seiten der Leute stehen oder doch zu sehr geneigt sind, mit diesen in Frieden auszukommen.“ Der Leiter des Akkordbüros bestritt die Vorwürfe. Unter seinem Vorgänger seien Unregelmäßigkeiten vorgekommen; in letzter Zeit aber habe man das ausräumen können.³¹

Gegenüber dem Fabrikkontorausschuß konnte Oberingenieur Jähne im April 1926 die ersten Erfolge vermelden. Dort, wo eine Überprüfung der Zeittabellen stattgefunden habe, seien die Akkorde „jetzt scharf kalkuliert. Die noch nachzuprüfenden Akkorde werden, soweit sich das schon übersehen läßt, von selbst zu einer schärferen Kalkulation gelangen.“³² Jähne plädierte überdies für eine Beseitigung der Qualitätszulagen zumindest bei den akkordierten „Handwerkern“, da diese dann „bestrebt sein würden, einen größeren Überverdienst durch tatsächliche Mehrleistungen im Akkord zu erzielen.“ Der Fabrikkontorausschuß wollte allerdings eine offensichtliche Lohnkürzung bei den besseren Arbeitern nicht vornehmen, da dadurch nur deren Unzufriedenheit wachse. „Nötigenfalls wird darum die Herabsetzung der Akkorde z.Zt. für richtiger gehalten.“³³

Die Produktions- und Umsatzsteigerungen der Jahre 1925 und 1926 gegenüber 1924 wurden so bei stagnierenden Beschäftigungsziffern durch Effektivierung des Leistungslohnsystems und durch Ausdehnung der Überstunden erreicht. Erst in der zweiten Jahreshälfte 1926 begann ein langsamer Anstieg der Arbeiterzahlen von 5.600 am 1.10.1926 auf 6.100 zur Jahreswende.³⁴ Dieser Hintergrund bestimmte wiederum das Verhalten des Arbeiterrates gegenüber der Akkordpolitik. Im April 1926 wollte die Werksleitung nach verschiedenen Versuchen den Stück- bzw. Geldakkord probe-weise in einer Metallwerkstatt einführen, um nach einer längeren Versuchsdauer dann im paritätischen Akkordausschuß die Vor- und Nachteile des Systems und die Weiterentwicklung der Metallakkorde beraten zu können. Jähne erwartete einen reibungslosen Modellversuch: Bei Einzelakkorden dürften keine Schwierigkeiten auftreten, evt. bei Gruppenakkorden. Die Qualitätszulagen würden nicht in den Akkord einberechnet. Die Arbeitervertreter sahen das völlig anders: „Sparre erklärt, daß sich die Arbeitnehmer mit dieser Neuregelung nicht einverstanden erklären können. ... Er befürchtet, daß die besseren Arbeiter hierdurch sehr geschädigt würden.“ Der Übergang zum Geld-

²⁹ Akkordausschußsitzung, 11.2.1926, BAL 215/7.

³⁰ Akkordausschußsitzung, 20.2.1926, BAL 215/7.

³¹ Besprechung über Akkordfragen, 23.2.1926, BAL 215/7.

³² Niederschrift über die Sitzung des Fabrikkontorausschusses, 12.4.1926, BAL 214/6, Bd.1.

³³ Ebenda.

³⁴ Jahresbericht der Sozialabteilung für 1927, S.2, BAL 221/3, Bd.1.

akkord sei lediglich „eine verschleierte Maßnahme, um außerhalb des Tarifvertrages die Löhne herunterzudrücken“, klagte der Betriebsratsvorsitzende Sparre weiter, nachdem die Werksleitung auf einer allgemeinen Akkordausschußsitzung ihr Konzept vorgestellt hatte.³⁵ Diese bestritt den Vorwurf selbstverständlich, gestand aber zu, daß die besserverdienenden Metallarbeiter in Zukunft mehr arbeiten müßten, um ihre Überverdienste zu halten. Denn es habe sich gezeigt, argumentierte Oberingenieur Jähne, „daß gerade hochwertige Arbeiter mit ihrer Arbeitsleistung zurückhalten, um nicht über den bei der Arbeiterschaft üblichen Mehrverdienst von 30% zu kommen.“ Dadurch werde der Sinn des Akkordes hinfällig. Sparre wiederum betonte, daß - chemietypisch - die Metallarbeiter auch eine große Anzahl minderwertiger Arbeiten zu verrichten hätten, sie also auf jeden Fall benachteiligt würden. Bertrams ließ sich hierauf nicht ein. Das bei den Metallarbeitern noch vorherrschende Akkordsystem garantiere keinen Zusammenhang zwischen höherem Lohn und höherer Leistung und müsse daher revidiert werden. Das Rechnen mit dem Normalstundenlohn sei im übrigen auch anderweitig üblich. Der Leiter des Akkordbüros betonte ebenfalls, daß die einheitlichen Mehrverdienste im Bereich der Metallarbeiter nichts mit den richtig kalkulierten Zeittafeln zu tun hätten, sondern Ausdruck eines gezielten Hinarbeitens auf einen bestimmten Überverdienstsatz seien. Das wolle man beenden. Denn häufig würden zu viel veranschlagte Stunden einfach „abgebummelt“, wenn ein bestimmter Überverdienst erreicht sei. „Da dieses einem Akkordvertrag nicht mehr entspricht, müssen wir Wege suchen, um diese Mißstände auszuschalten.“³⁶ Die Arbeitervertreter blieben bei ihrer Ablehnung und kündigten an, sich an den Schlichtungsausschuß zu wenden. Die Werksleitung wollte zwar ihren Modellversuch bis zur Entscheidung des Schlichtungsausschusses zurückstellen, jedoch war klar, daß angesichts der Tariflage der Arbeiterrat nicht durchkommen würde.

Der Geldakkord wurde daher auch in bestimmten Metallwerkstätten wie der Dreherei eingeführt. Zugleich wurden die Vorgabezeiten herabgesetzt, so daß nur bei erheblicher Mehrarbeit deutliche Mehrverdienste zu erzielen waren.³⁷ Doch stellte sich selbst jetzt, unter den Bedingungen des Geldakkordes, nach einiger Zeit wieder das Phänomen vergleichsweise homogener Überverdienste ein, die auf ein gezieltes Hinarbeiten der Arbeiterschaft auf einen bestimmten Überverdienst hindeuteten.³⁸ Trotz ausgeklügelter Zeitkalkulationen³⁹ erkannten die Arbeiter sehr schnell die Mechanismen der neuen Akkordierung und suchten sich gegen zu starke Leistungserhöhungen zu schützen, nicht zuletzt deshalb, weil man den Worten, größere Überverdienste würden nicht gekürzt, kaum Glauben schenkte. Die Arbeitervertreter im Akkordausschuß betonten mehrfach, der Arbeiterschaft fehle das nötige Vertrauen: „nur auf der Basis gegenseitigen Vertrauens sei eine einwandfreie Ak-

³⁵ Allgemeine Akkordausschußsitzung, 23.4.1926, BAL 215/7.

³⁶ Ebenda.

³⁷ Allerdings nahm 1927/28 der Anteil der im Stundenlohn ausgeführten Arbeiten zu, was eine Folge von derart scharf kalkulierten Akkorden war, daß sie von den Arbeitern nicht erfüllt werden konnten. Allgemeine Akkordausschußsitzung, 10.1.1927, BAL 215/7.

³⁸ Vgl. die Ausführungen von Ing. Schmitt vor dem Elberfelder Akkordausschuß, 21.2.1929, BAL 215/7.

³⁹ Die Akkordierung erfolgte so: „Die Vorkalkulation soll jede Akkordarbeit in möglichst kleine Portionen zerlegen; hierbei ergibt sich, daß für den größten Teil der Arbeiten Tabellenzeiten vorhanden sind, der Rest ist zu schätzen. Bei Schätzungen kann man sich ebenfalls meist an Tabellen anlehnen ... Die Beizeiten wie Wegezeiten, Messen, die sogenannten 'Umstände' werden leicht überschätzt, daher muß hier knapp gerechnet werden, denn in einer Stunde kann mancher Weg ... zurückgelegt werden. Die Tabellenzeiten schließen folgende Zeiten ein: 1.) die durch Zeitstudie ermittelte Zeit eines mittleren Durchschnittsarbeiters unter Einbeziehung von Wegen ..., 2.) 5% für persönliche Bedürfnisse und 3.) 10% für Ermüdung und erhöhte Leistung, wenn diese beim Stoppen erkannt wird. ... Da ein guter Arbeiter aus den reinen Zeiten noch etwas herausholen kann, so ist ein konstanter Überverdienst von 30% unmöglich.“ Ebenda.

kordregelung möglich.“⁴⁰ Alle Indizien deuteten in der Folgezeit zudem daraufhin, daß zwar die Mehrverdienste bei Mehrleistung wuchsen, aber auch immer wieder Akkordzeiten verändert wurden. Viele Arbeiter zogen zudem offensichtlich das gezielte Akkordbremsen einer offenen Auseinandersetzung mit ihren Vorgesetzten im Falle einer Akkordänderung vor. Nicht zuletzt wegen des Anfang 1926 noch erfolgenden Personalabbaus sei die Belegschaft „so eingeschüchtert,“ argumentierte ein Arbeitervertreter, „daß sie es kaum wage, mit irgend einer Beschwerde an die Werksleitung heranzutreten.“ Arbeiterratsvorsitzender Heppekausen weigerte sich daher auch, Fälle von nachträglichem Akkord, „köpfen“ konkret zu benennen. „Jähne hält diesen Zustand für sehr bedauerlich; er erklärt, daß er für jeden Arbeiter zu sprechen sei, daß Beschwerden bei ihm jederzeit angebracht werden können, ohne nachteilige Folgen für den Beschwerdeführer.“ Bertrams hielt Heppekausens Befürchtungen für schlichtweg unbegründet. Sparre konnte indes einige konkrete Fälle anführen, in denen sich Arbeiter geweigert hatten, die Akkordsätze des Akkordbüros zu akzeptieren, und daraufhin entlassen worden seien. Hier habe eine „glatte Arbeitsverweigerung“ vorgelegen, da nach einer nochmaligen Überprüfung die Vorgabezeiten für richtig erkannt worden seien, entgegenete Bertrams.⁴¹ Die Klagen über das zwangsweise Durchsetzen von Akkorden rissen jedoch nicht ab. Einzelne Werkstätten und Betriebe setzten ihre Akkordvorgaben weiterhin mit Entlassungsdrohungen durch. Nur in seltenen Fällen konnte der Akkordausschuß nachträglich Korrekturen derartiger Entscheidungen herbeiführen. Sparre und die anderen Arbeitervertreter bemühten sich daher wenigstens die Kompetenz des Ausschusses zur Regelung von Streitigkeiten auszudehnen, was Bertrams auch verbal zugestand „allerdings mit der Einschränkung, daß eine Zwangslage eintreten kann, wo eine Ausnahme von der Regel zulässig sei. Um einen solchen Fall hat es sich hier (Sparre hatte einen Akkordstreit aus der Gießerei zur Sprache gebracht, W.P.) gehandelt: Weil der Arbeiter den Akkord ablehnte, eine andere Arbeitsmöglichkeit für ihn aber nicht vorlag, so blieb nur die Entlassung übrig. Diese ist indes nicht fristlos, sondern zum Schluß der Schicht vorgenommen worden. Da der Arbeiter nachträglich den Akkord angenommen hat, wurde er wieder eingestellt.“⁴²

Die Werksleitung hatte erkennbar nur ein geringes Interesse daran, den Arbeiterrat oder seine Vertreter in die Durchsetzung der Akkordpolitik im Betrieb miteinzubeziehen. Zwar wurde die Mitwirkung des Arbeiterrates nicht boykottiert. Seine Vorstellung eines Festhaltens am Zeitakkord, die auch Befürworter innerhalb der Werksleitung hatte, wurde aber aus Spar- und Kostengründen von Anfang an abgelehnt. Die Werksleitung suchte keinen Kompromiß in Form eines verbesserten Zeitakkordes, der ohne weiteres möglich gewesen wäre, sondern strebte zielstrebig den Geldakkord wegen der Hoffnung an, hierdurch das Leistungsverhalten der Arbeiter besser steuern zu können. Was sie erreichte, war eine deutliche Leistungssteigerung bei den qualifizierteren Arbeitergruppen, aber auch ein Anwachsen der Unzufriedenheit, und vor allem Konflikte zwischen Arbeiterrat, Ingenieuren, Werkmeistern und Zeitnehmern. Die vorhandene Kooperationsbereitschaft des Arbeiterrates bzw. der „Handwerkervertreter“, die Akkordarbeit zu akzeptieren und für sie ggf. sogar vor der Arbeiterschaft einzutreten, wurde auf diese Weise nicht genutzt.

⁴⁰ Allgemeine Akkordausschußsitzung, 23.4.1926, BAL 215/7.

⁴¹ Ebenda. Auch damit hatte sich die Werksleitung über bestehende Abmachungen hinweggesetzt, da im allgemeinen Akkordausschuß 1922 beschlossen worden war, die Streitfälle im Ausschuß und nicht durch das Akkordbüro zu klären.

⁴² Allgemeine Akkordausschußsitzung, 11.12.1926, BAL 215/7.

Im Aufschwung 1927/28 stand die Arbeiterschaft dem bei Bayer realisierten Akkordsystem daher mehr oder weniger geschlossen ablehnend gegenüber, auch wenn bestimmte Arbeitergruppen von sich aus auf die Einführung des Geldakkordes drängten, da sie sich hiervon größere Verdienstmöglichkeiten versprachen.⁴³ Besonders stark waren die Klagen der Metallarbeiter, die den größten Teil der Facharbeiterbelegschaft des Werkes (Ende 1927 knapp 70%) stellten. Mit der stark anziehenden Konjunktur in der zweiten Hälfte 1927 und 1928 nahm der Druck auf die Akkorde weiter zu. Ebenso schnellten die Überstundenzahlen nach oben (1928: 230.000, 1924: 66.000), während die Belegschaft nur allmählich wuchs (1.1.1927: 6.100, 1.7.1927: 7.300, 1.1.1928: 8.100) und das Vorkriegsniveau kaum übertraf, das in Produktion und Umsatz längst überflügelt war.⁴⁴

Kontrastiert man die Arbeit von Lohnausschuß und Akkordausschuß, so zeigt sich einerseits das gleiche Muster, Konflikte durch Kommunikation zu kanalisieren, jedoch variierte andererseits der Erfolg der Ausschüsse entsprechend der Bereitschaft der Werksseite zu materiellem Entgegenkommen. In gewisser Weise wiederholte sich das Bild der Vorweltkriegszeit, daß die Werksleitung in Einzelfragen entgegenkommend, in Grundsatzfragen aber auf ihre Handlungsautonomie hin orientiert war. In der Existenzfrage der Leistungslohnsysteme war daher ein grundsätzliches Entgegenkommen nicht zu erwarten, zumindest nicht bei der Frage der Akkordkonzeptionen, die auf einer straffen und von jeder Meisterwillkür befreiten wissenschaftlichen Arbeitskalkulation aufbauen sollten. Die Belegschaftsvertreter plädierten aber gerade hier für ein flexibles und wenig schematisches System, wissend, daß ein derartiges System ihre und die Aushandlungsspielräume der Belegschaft deutlich erhöhen würde. Der Betriebsrat plädierte schließlich, fast paradox, für die Beibehaltung bzw. Wiedereinführung der vor 1918 auch von der Arbeiterschaft häufig kritisierten „Meisterwillkür“.

4. Betriebliche Aushandlungskultur und überbetrieblicher Tarifvertrag: Zur Entwicklung der industriellen Beziehungen im Betrieb in den zwanziger Jahren

Resümiert man die hier ausgeführten Beispiele, so scheinen drei Punkte bemerkenswert zu sein. Zunächst beseitigte das Tarifvertragssystem keineswegs die betrieblichen Aushandlungsprozesse; deren Reichweite und Bedeutung blieben während der gesamten Weimarer Republik groß. Im Zusammenspiel mit den betrieblichen Folgen der Kriegswirtschaft aber änderte das Tarifvertragssystem die Richtung und zum Teil auch die Form dieser Aushandlungsstrukturen deutlich.

1. Die traditionelle Form der betrieblichen Aushandlung bestand in der werkstatt- bzw. arbeitsgruppenbezogenen Verhandlung von Forderungen der Arbeiterschaft mit den zuständigen Meistern. Zwar machte dieses System die Arbeiter abhängig von der „Meisterwillkür“, jedoch waren die Meister aufgrund ihrer Mittlerstellung zwischen Werksleitung und Arbeiterschaft strukturell an einem Doppelkonsens interessiert, der vor 1914 im Zeichen guter Konjunkturen in der Regel auch funktionierte. Erst der Krieg zerbrach die Möglichkeiten zum Doppelkonsens und zwang die Meister in eine prekäre Situation, in der sie ihren Aufgaben nicht mehr gewachsen waren und zum Gegenstand heftiger Kritik sowohl der Werksleitungen wie der Arbeiterschaft wurden. Das alte Sys-

⁴³ Zu einer entsprechenden Initiative der Schreiner und Kesselschmiede siehe Allgemeine Akkordausschußsitzung, 15.7.1927, BAL 215/7.

⁴⁴ Angaben nach Jahresbericht der Sozialabteilung für 1928, lfd., BAL 221/3, Bd.1

tem der „Meisterwirtschaft“ war daher, zumindest im Leverkusener Falle, bereits bei Kriegsende tot, auch wenn es noch partiell aufgrund fehlender Alternativen bis zum Ende der zwanziger Jahre überlebte.

2. Die arbeitsrechtliche Gesetzgebung von 1916 bis 1920 zwang den Betrieben neue Kommunikations- und Aushandlungsstrukturen auf, die im Falle Leverkusens wegen der flexiblen Organisations-tradition rasch implementiert wurden. Das bereits bestehende Ausschußsystem wurde systematisch auf alle Fragen der betrieblichen Sozial- und Lohnpolitik ausgedehnt; die Ausschüsse paritätisch besetzt. Auf diese Weise wurden die bestehenden Konflikte und Probleme sehr rasch kommunikativ kanalisiert und in ein den betrieblichen Verhältnissen entsprechendes Verfahren regulierten Konfliktausgleichs transformiert. Insbesondere gelang es auf diese Weise, die weiterhin existierenden Formen der werkstatt- und arbeitsplatzbezogenen Interessenwahrnehmung, die in den Augen der Werksleitung deshalb zu begrüßen waren, weil sie sich als Ansatzpunkt einer differenzierenden Lohnpolitik anboten, in den neudefinierten Aushandlungsprozess zu integrieren, ja durch die Reformulierung der jeweiligen Forderungen über Betriebs- und Vertrauensräte weitgehend zu „versachlichen“. Die auf diese Weise neu konstituierte betriebliche Aushandlungsstruktur kombinierte also traditionale Elemente (Ausschußsystem, werkstattbezogene Forderungen) in intelligenter Weise neu.

3. Leistungsverfall und Tarifsystem aber hatten die Nutzung der Arbeitskraft nicht nur verteuert, sondern auch die Einführung und Fortschreibung der Akkordsysteme erschwert. Der Zusammenbruch der „Meisterwirtschaft“ erzwang mithin eine Neudefinition von Leistungslohnsystemen unter völlig veränderten politischen und wirtschaftlichen Bedingungen. Der Ausweg, den die Leverkusener Werksleitung dabei ging, bestand in der „Objektivierung“ der Leistungsanforderungen, da nur auf diese Weise ein legitimes Modell des Leistungslohnes der Arbeiterposition des Bremsens und Akkordsabotierens entgegenseitbar schien. In gewisser Weise hatte die Arbeitervertretung diese „Objektivierung“ mit ihrer Kritik an der Meisterwillkür selbst provoziert, von dieser Kritik aber Abstand genommen, nachdem sich gezeigt hatte, daß straffe Lohnsysteme die alltäglichen Handlungsspielräume zu beschneiden drohten. Der „objektive“, aus sich selbst heraus legitime Akkord war mithin das Ergebnis der Anpassung des interaktiven betrieblichen Anpassungsprozesses an die veränderten Aushandlungsbedingungen der zwanziger Jahre.

Die Entwicklung der betrieblichen „Aushandlungskultur“ im Falle der Leverkusener Farbwerke in den zwanziger Jahren ergibt mithin ein schillerndes Bild. Setzen sich einerseits bestimmte Aushandlungstraditionen fort und zeigten unter den Bedingungen der zwanziger Jahre sogar eine wachsende Vitalität, die Bayer als Fall eines gelungenen Mitbestimmungsbeispiels dastehen läßt, so führte andererseits die Umkämpftheit namentlich der Leistungslohnsysteme zu deren „Objektivierung“ und damit tendenziell zu einer Austrocknung von betrieblichen Aushandlungsmöglichkeiten, eine Entwicklung, die sich schließlich seit den dreißiger Jahren noch weiter beschleunigen sollte.⁴⁵

⁴⁵ Rüdiger Hachtmann, *Industriearbeit im „Dritten Reich“*. Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland 1933-1945, Göttingen 1989. Zum politischen Kontext Tilla Siegel, *Leistung und Lohn in der nationalsozialistischen „Ordnung der Arbeit“*, Opladen 1989.

Das Dritte Reich und der synthetische Treibstoff: Eine Kritik der Forschung aus chemietechnischer Sicht

Sabine Brinkmann, Bochum

Die synthetischen Treibstoffe sind das bekannteste industriepolitische Projekt des Dritten Reiches. Schon während der Nürnberger Prozesse und erst Recht seit dem Erscheinen der Arbeit von Wolfgang Birkenfeld⁴⁶ galt das Engagement der I.G. Farbenindustrie A.G. (IG) im synthetischen Treibstoff als Ausweis einer verkrüppelten Unternehmenspolitik: Wider besseren Wissens über die Marktchancen des Produkts ließ sich die IG auf das Projekt ein, allein um die Verbundenheit mit den Zielen des Nationalsozialismus zu demonstrieren. Tatsächlich, dies sei vorab festgestellt, war das Verfahren der IG das mit Abstand bedeutendste zur Erzeugung von synthetischem Treibstoff: Nach dem Hochdruck-Hydrierungsverfahren der IG arbeiteten schließlich vierzehn, nach der Fischer-Tropsch-Synthese der Ruhrchemie A.G. (Ruhrchemie) nur neun Werke.⁴⁷ Um so mehr stellt sich die Frage, ob dieser Ausschnitt der Erzeugung des synthetischen Treibstoffs tatsächlich ungeachtet späterer Marktchancen entwickelt wurde: Anders gefragt, war die Verbreitung des IG-Verfahrens allein ein Treuebeweis an das Regime, oder lassen sich statt dessen unternehmerische Ziele rekonstruieren, die über die Rüstung des Dritten Reiches hinauswiesen. Die Brisanz jeglicher Überlegungen zu diesem Thema ist dabei offenbar. Immerhin geht es unter anderem darum, die marktwirtschaftliche Logik einer Anlage wie Auschwitz-Monowitz neu zu bewerten, die bislang - ausschließlich - als Kristallisationspunkt des Konzepts der „Vernichtung durch Arbeit“ und der Verstrickung des größten deutschen Unternehmens darin gesehen wurden - und nicht als Resultat einer abgewogenen Analyse des zukünftigen Marktes für synthetische Treibstoffe und ihre Nebenprodukte.

Zunächst zur Forschungstradition: Nach Birkenfeld hat die Arbeit von Thomas Parke Hughes⁴⁸ weitere Aspekte für die Beurteilung dieses Zweiges der chemischen Industrie unter politisch-militärischen Prämissen beigetragen. Hughes betrachtet die langfristige Entwicklung der Hochdruck-Hydrierungsverfahren der IG von der Ammoniak- und Methanol-Synthese hin zur Abwandlung des Verfahrens zur Herstellung von synthetischen Treibstoffen, und kam zu dem Schluß, daß die Produktion dieser Ersatzstoffe in der Wechselbeziehung mit den politischen Rahmenbedingungen zu einem ausgeprägten „technologischen Momentum“ des Hochdrucksynthese führte, das die Institutionen der IG stets neu in ihren Bann schlug. Mit der nach Hughes eingeschlagenen Untersuchungsrichtung, vertreten z.B. von Arnold Krammer und Raymond Stoakes,⁴⁹ wurde versucht,

⁴⁶ Birkenfeld, Wolfgang: Der synthetische Treibstoff 1933-1945. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Wirtschafts- und Rüstungspolitik, Göttingen/ Berlin/ Frankfurt a. M. 1964 (= Studien und Dokumente zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Band 8).

⁴⁷ Nähere Angaben zu den verschiedenen Fahrweisen der Fischer-Tropsch-Synthese sowie den unterschiedlichen Möglichkeiten der IG synthetische Treibstoffe herzustellen sind gut erklärt bei: Frohning, Carl D./ u.a.: Fischer-Tropsch-Synthese, in: Falbe, Jürgen (Hg.): Chemierohstoffe aus Kohle, Stuttgart 1977, S. 219-299; Krönig, Walter: Kohlehydrierung. Erzeugung von Kohlenwasserstoffen durch Direkthydrierung, in: Falbe, Jürgen (Hg.): Chemierohstoffe aus Kohle, Stuttgart 1977, S. 67-113.

⁴⁸ Hughes, Thomas P.: Das »technologische Momentum« in der Geschichte. Zur Entwicklung des Hydrierverfahrens in Deutschland 1898-1933, in: Hausen, Karin/ Rürup, Reinhard (Hg.): Moderne Technikgeschichte, Köln 1975 (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Band 81), S. 358-383.

⁴⁹ Krammer, Arnold: Fueling the Third Reich, in: Technology and Culture 19 (1978), S. 394-422; Stoakes, Raymond

durch einen technologischen Ansatz politische Hintergründe bei der Ausbildung der synthetischen Treibstoffindustrie zu belegen. Die Verfahren der IG und Ruhrchemie wurden als gleichwertig dargestellt, und beide Historiker gelangten zu dem Schluß, daß sich die Fischer-Tropsch-Synthese innerhalb der Treibstoffautarkie nicht durchsetzen konnte wegen des politischen Einflusses der IG. Auch für die Historiker, die sich mit der Unternehmensentwicklung der IG beschäftigt haben wie z.B. Peter Hayes und Gottfried Plumpe - vergleichbare Studien über die Ruhrchemie fehlen - stand die Fortsetzung des synthetischen Treibstoffprojektes der IG primär in enger Beziehung zur Einstellung der Reichsregierung.⁵⁰ So entzündete sich zwischen Hayes und Plumpe eine Auseinandersetzung über das Datum des Treffens zwischen Heinrich Gattineau und Heinrich Bütefisch mit Adolf Hitler, denn bereits von Stoakes wurde dieses Treffen der IG-Vertreter mit Hitler als zentral für das Verständnis der ersten Phase der Beziehung zwischen Unternehmen und Reich gewertet.⁵¹

Trotz der verfahrenstechnischen Ansätze bei Hughes, Krammer und Stoakes blieb - auch in den jüngeren Darstellungen der Unternehmensentwicklung der IG - die zentrale Strategie der IG unberücksichtigt, die darin bestand, Produktionsprozesse miteinander zu verbinden. Ziel der IG war es dabei, Verfahren zu entwickeln, die durch Neben- oder Sekundärprodukte miteinander in Verbindung standen. Auf diese Weise konnten Abfallstoffe sowie Entsorgungs- und Lagerkosten minimiert und gleichzeitig ein Maximum an Produkten hergestellt werden. Durch diese Verbundverfahren entstand eine chemietechnisch vernetzte Diversifikation, die ganz entscheidend dazu beitrug, daß die IG an der Erzeugung von synthetischem Treibstoff festhielt. Wird die weitere Verwendung der Sekundärprodukte des Hochdruck-Hydrierverfahrens zur Treibstoffgewinnung berücksichtigt, ist offensichtlich, daß die IG bei ihrer Produktionsstrategie in großen Zusammenhängen dachte, und nicht das einzelne Verfahren zur Herstellung eines Erzeugnisses Priorität besaß. Zu den wichtigsten Sekundärprodukten des IG-Verfahrens gehörten Wasserstoff, Methan, Ethan, Propan, Butan und Isobutan.⁵² Der Wasserstoff konnte der Hydrierung wieder zugeführt werden. Für das Methan bestand die Möglichkeit, es als Treibgas zu nutzen oder durch das elektrische Lichtbogenverfahren zu Ethin und Wasserstoff umzusetzen. Mit Ethin und Methanal, das aus Methanol gewonnen werden konnte, ließ sich beispielsweise durch das dreistufige Verfahren nach Reppe 1,3-Butadien herstellen, das wiederum mit Natrium als Katalysator polymerisiert wurde. Das Produkt der Reaktion - Buna - bildete die Grundlage für synthetische Kautschuke.⁵³ Ethan wurde katalytisch dehydriert. Für das entstehende Ethen eröffneten sich verschiedene Anwendungsbereiche. Durch seine Polymerisation konnten Schmieröle hergestellt werden. Bei der Dehydrierung von Ethen wurde Ethin erzeugt, woran sich der gesamte Bereich der Acetylenchemie anschließen ließ. Des weiteren wurde

G.: The Oil Industry in Nazi Germany, 1933-1945, in: Business History Review 56 (1985), S. 254-277.

⁵⁰ Hayes, Peter: Industry and ideology. IG Farben in the Nazi era, Cambridge u.a. 1987; Plumpe, Gottfried: Die I. G. Farbenindustrie AG. Wirtschaft, Technik und Politik 1914-1945, Berlin 1990 (= Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 37).

⁵¹ Hayes, Peter: Zur umstrittenen Geschichte der I.G. Farbenindustrie AG, in: Geschichte und Gesellschaft 18 (1992), S. 405-417; Plumpe, Gottfried: Antwort auf Peter Hayes, in: Geschichte und Gesellschaft 18 (1992), S. 526-532; Stoakes, Raymond G.: Divide and Prosper. The Heirs of I.G. Farben under the Allied Authority 1945-1951, Berkeley/ Los-Angeles/ London 1988, S. 216.

⁵² Ministry of Fuel and Power (Hg.): Report on the Petroleum and Synthetic Oil Industry of Germany, UB Bochum BIOS Over All Report No. 1, S. 47 Figure 26.

⁵³ Nagel, Alfred von: Äthylen, Acetylen, Ludwigshafen 1971 (= Schriftenreihe des Firmenarchivs der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik AG, Band 7), S. 45, 48; Ders.: Methanol · Treibstoffe. Hochdrucksynthesen der BASF, Ludwigshafen 1970 (= Schriftenreihe des Firmenarchivs der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik AG, Band 5), S. 57; Hölscher, Friedrich: Kautschucke · Kunststoff, Fasern. Sechs Jahrzehnte technische Herstellung synthetischer Polymere, Ludwigshafen 1972 (= Schriftenreihe des Firmenarchivs der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik AG, Band 10), S 26-27, 28.

durch die Oxidation von Ethen Ethylenoxid hergestellt, das einerseits als Grundlage für Textilhilfsmittel benutzt wurde. Andererseits bestand die Option, Ethylenoxid unter Wasserstoffanwesenheit zu hydrieren, wodurch 1,2-Ethandiol (Glycol) entsteht. 1,2-Ethandiol wiederum wurde zur Produktion von Weichmachern und Explosivstoffen verwandt.⁵⁴

Dieser Ausschnitt der Nutzungsmöglichkeiten der Sekundärprodukte des IG-Verfahrens allein zeigt, daß die chemietechnisch vernetzte Diversifikation für die unterschiedlichen Produktionszweige der IG eine zentrale Rolle gespielt hat. Daß dieses Unternehmenskalkül bisher nicht beachtet wurde, erklärt, warum ein zentrales Dokument für die Beurteilung der Unternehmenspolitik der IG, das Affidavit von Friedrich Jähne für die Nürnberger Nachfolgeprozesse, bislang nur als Beleg für die Notwendigkeit staatlicher Subventionen interpretiert wurde.⁵⁵ Jähne war der Leiter einer der beiden Kommissionen, die von der IG 1930 beauftragt worden waren zu untersuchen, ob sich ein Festhalten an dem Treibstoffprojekt lohne. Im Gegensatz zu der Kommission die Fritz ter Meer leitete, sprach sich Jähne gegen die Fortsetzung aus, da sie seiner Meinung nach nur mit staatlichen Subventionen tragfähig sei. Gleichwohl fügte Jähne in seinem Affidavit hinzu, er habe gehört, daß „wenn sich die Benzinherstellung an sich auch nicht rentiere, dabei doch solche Nebenprodukte anfielen, auf Grund deren eine neue Chemie aufgebaut werden könne, die große Zukunftsmöglichkeiten böte.“⁵⁶

Diese Aussage ist ein Hinweis darauf, daß es durchaus nicht nur um politischen Einfluß und Subventionen bei der Treibstoffproduktion ging. Erst durch die Einbettung der synthetischen Treibstoffproduktion in die Strategie der Bildung von Synergieeffekten durch Verbundverfahren erhielt sie eine langfristige Perspektive. Hätte die IG nicht dieses eigenständige tragfähiges Konzept entwickelt, wäre ein ausschließlich auf die Treibstoffproduktion ausgerichtetes Verfahren für die IG nach dem Krieg unhaltbar geworden - entweder weil der synthetische Treibstoff auf dem Weltmarkt wegen seines Gestehungspreises nicht konkurrenzfähig oder weil das Reich nach der Eroberung größerer Erdölquellen auf teure Ersatzprodukte nicht mehr angewiesen gewesen wäre.

Stoakes und Krammer stellen die IG und Ruhrchemie darüber hinaus als Konkurrenten innerhalb des Vierjahresplanes und der Treibstoffautarkie dar. Diese Überlegung beruht ebenso auf einer unvollkommenen Auseinandersetzung mit den Produkten sowie der gegebenen Marktsituation: vor allem dem Treibstoffbedarf der Wehrmacht.

Zusammengefaßt ergibt die Produktverteilung der Verfahren der IG und Ruhrchemie zur Herstellung synthetischer Treibstoffe folgendes Bild:

⁵⁴ Bericht der RStelle für Wirtschaftsausbau über die Erzeugung von Buna, Kunststoff und Äthylen, 1941, WWA NI-8833, Bl. 71, 72; UB Bochum BIOS Over All Report No. 1, S. 47 Figure 26; Bericht der RStelle für Wirtschaftsausbau über Versorgungslage und Mob-Bedarf Deutschlands an Buna, Mineralöl, usw., 1938, WWA NI-8844, Bl. 31, 34.

⁵⁵ z.B. Birkenfeld, S. 19; Hayes, Industry, S. 39; Hughes, S. 368; Borkin, Joseph: Die unheilige Allianz der I.G. Farben. Eine Interessengemeinschaft im Dritten Reich, Frankfurt a. M. 1979, S. 55.

⁵⁶ Affidavit von Friedrich Jähne, betr. Herstellung von synthetischem Benzin in den Leunawerken, 2.5.1947, WWA NI-676.

Tabelle 1 Produktverteilung des IG-Verfahrens und der FT-Synthese¹

Produktanteil [%]	IG-Verf. a ²	IG-Verf. b ³	FT-Synthese a	FT-Synthese b
Flugtreibstoff	53	59		
Fahrbenzin	15	11	52	46
Dieseltreibstoff	16	21	21	23
Heizöl	4	7		
Schmieröl	1	1	2	4
sonstige Produkte	11	1	25	27
Gesamt	100	100	100	100

¹ Fischer-Tropsch-Synthese
² Berechnet nach: Birkenfeld, S. 230 Übersicht 8.
³ Berechnet nach: UB Bochum BIOS Over All Report No. 1, S. 2 Table I.

Den größten Produktanteil des IG-Verfahrens bildete der Flugtreibstoff, gefolgt von Fahrbenzin und Dieseltreibstoff. Heizöl, Schmieröl und sonstige Produkte (Sekundärprodukte) wurden in geringem Umfang auch gewonnen. Die Produktverteilung der Fischer-Tropsch-Synthese sah ganz anders aus. Es wurde weder Flugtreibstoff noch Heizöl hergestellt, so daß der Kraftstoffanteil, der durch dieses Verfahren erzeugt wurde, geringer war als bei dem IG-Verfahren. Fahrbenzin und Dieselöl konnten mit beiden Verfahren produziert werden, wobei sich die Qualität der Produkte durch verschiedene Oktan- bzw. Cetanzahlen unterschieden.

Es existierte eine unterschiedlich starke technische Abhängigkeit der in den Fahrzeugen der Waffengattungen eingesetzten Motoren von den Leistungsmerkmalen der synthetischen Treibstoffe, die je nach Herstellungsverfahren differierten. Zentral ist, daß das IG-Verfahren für das Reich von vorrangigem Interesse war, weil die Fischer-Tropsch-Synthese technisch nicht in der Lage war, hochoktanige Flugtreibstoffe herzustellen. Durch die Entwicklung der BMW- und Daimler-Benz-Motoren, die einen hohen Aromatengehalt in den Flugtreibstoffen erforderte, war die Luftwaffe auf den Verbrauch solcher Betriebsstoffe festgelegt.⁵⁷

An alternativen Antriebstechniken wie den Strahltriebwerken, die Düsenkraftstoffe verbrauchten, die eher Dieselmotoren glichen und statt einer hohen Oktanzahl einen hohen Heizwert haben mußten, wurde gearbeitet, aber greifbare Ergebnisse lagen erst sehr spät vor. Zwar hatte der Strahljäger HE 280 bereits vor 1940 seine Erstflug absolviert, aber die Serienvorbereitung für den Jäger ME 262 begannen erst nach 1942. Die Serienproduktion für den Düsenbomber und -aufklärer Ar 234 lief nach 1943 an und mit dem Bau der als Volksjäger bezeichneten He 162 wurde nach 1944 begonnen.⁵⁸ Als die Weichen für den Aufbau einer Treibstoffautarkie gestellt wurden, stand daher die Notwendigkeit, hochoktanige Flugtreibstoffe einsetzen zu müssen, im Vordergrund der Planung.

Auch in der Zeit sprach marktwirtschaftliches Kalkül für den verstärkten Aufbau von Hydrierwerken. Der Leitgedanke für die Deckung des deutschen Treibstoffbedarfes war es, der inländischen Produktion höherwertigerer Erzeugnisse den Vorrang zu geben, mit dem Ziel, die Devisenersparnis

⁵⁷ Holroyd, R. (Hg.): Report on Investigations by Fuels & Lubricants Teams at the I. G. Farbenindustrie A.G. Works at Leuna, UB Bochum CIOS Final Report No. XXXII-107, S. 85.

⁵⁸ Budraß, Lutz: Flugzeugindustrie und Lufrüstung in Deutschland 1918-1945. Düsseldorf 1998 (= Schriften des Bundesarchivs, Band 50), S. 706, 789, 795, 853.

zu vergrößern. Dies sprach eindeutig für den Auf- bzw. Ausbau von Hydrierwerken, denn 1934 war der Flugbenzinpreis bereits mehr als doppelt so hoch wie für Heiz- oder Dieselöl (s. Tabelle 2).

Tabelle 2: Geplante Kosten und Importmengen zur Sicherung des A-Fall Bedarfs bis 1937

Flugbenzin	723	58
Dieselöl	715	25
Heizöl	363	12,7
<i>Quelle: Sicherung des A-Fall Bedarfs zum 1.4.1935 und 1.4.1937, 6./8.10.1934, WWA NI-7295, Bl. 36, 38, 41.</i>		

Die Devisenersparnis durch inländische Flugbenzinproduktion vergrößerte sich noch durch die fortschreitende Wiederaufrüstung der Luftwaffe. Für die Bevorzugung des IG-Verfahrens sprach auch, daß die Länder, in denen Flugbenzin hergestellt wurde, diesen Treibstoff überwiegend selbst verbrauchten, so daß es auf dem Weltmarkt in großen Mengen kaum zu kaufen war.⁵⁹

Schließlich war es technisch betrachtet unmöglich, die Versorgung der Luftwaffe über einen längeren Zeitraum, etwa bis zur Eroberung reichhaltiger natürlicher Erdölvorkommen, durch Bevorratung aufrecht zu erhalten. Die Ursache dafür ist, daß hochoktanige Benzine wegen ihres hohen Aromatengehaltes einer schnellen Harzbildung unterliegen. Hierdurch ergeben sich gleich zwei weitere Probleme. Einerseits verändert die Harzbildung die Eigenschaften der Treibstoffe, indem die Klopfestigkeit und damit die Oktanzahl herabgesetzt wird. Andererseits verursacht die Harzbildung erhebliche Betriebsprobleme in den Maschinen, z.B. weil vorhandenes Harz die Einspritzdüsen für den Treibstoff verklebt und dadurch das Ansaugsystem der Motoren beschädigt.⁶⁰

Um noch einmal deutlich zu machen, daß das Verfahren der Ruhrchemie allein schon wegen der wirtschaftlich-technisch begründeten vorrangigen Produktion hochoktaniger Treibstoffe für die Luftwaffe keine Option zur Erfüllung des Vierjahresplanes war, wird auch folgendes zu bedenken gegeben: Mit der Fischer-Tropsch-Synthese wurden in der Hauptsache geradkettige Paraffine und Olefine erzeugt. Durch die Struktur dieser Kohlenwasserstoffe tritt bei den entsprechenden Treibstoffen einerseits in geringerem Umfang Verharzung auf, andererseits ist ihre Oktanzahl aber wesentlich geringer als bei aromatenreichem Benzin. Um die Klopfestigkeit der Fischer-Tropsch-Benzine zu erhöhen wurde Tetraethylblei (TEL) zugesetzt. Dies war allerdings nicht in dem Umfang möglich, der zu einer für den Luftwaffeneinsatz ausreichenden Oktanzahl erforderlich gewesen wäre. Die Alterungsprodukte des TEL verursachen eine noch raschere Verharzung der Kohlenwasserstoffe.⁶¹

Die Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte führt zu dem Ergebnis, daß die Hauptprodukte der Fischer-Tropsch-Synthese für die Wehrmacht keine Alternative zu den durch das IG-Verfahren erzeugten Treibstoffen waren. Daher kam den Synthesewerken innerhalb der Zielsetzung der Treibstoffautarkie nur eine nachrangige Bedeutung zu.

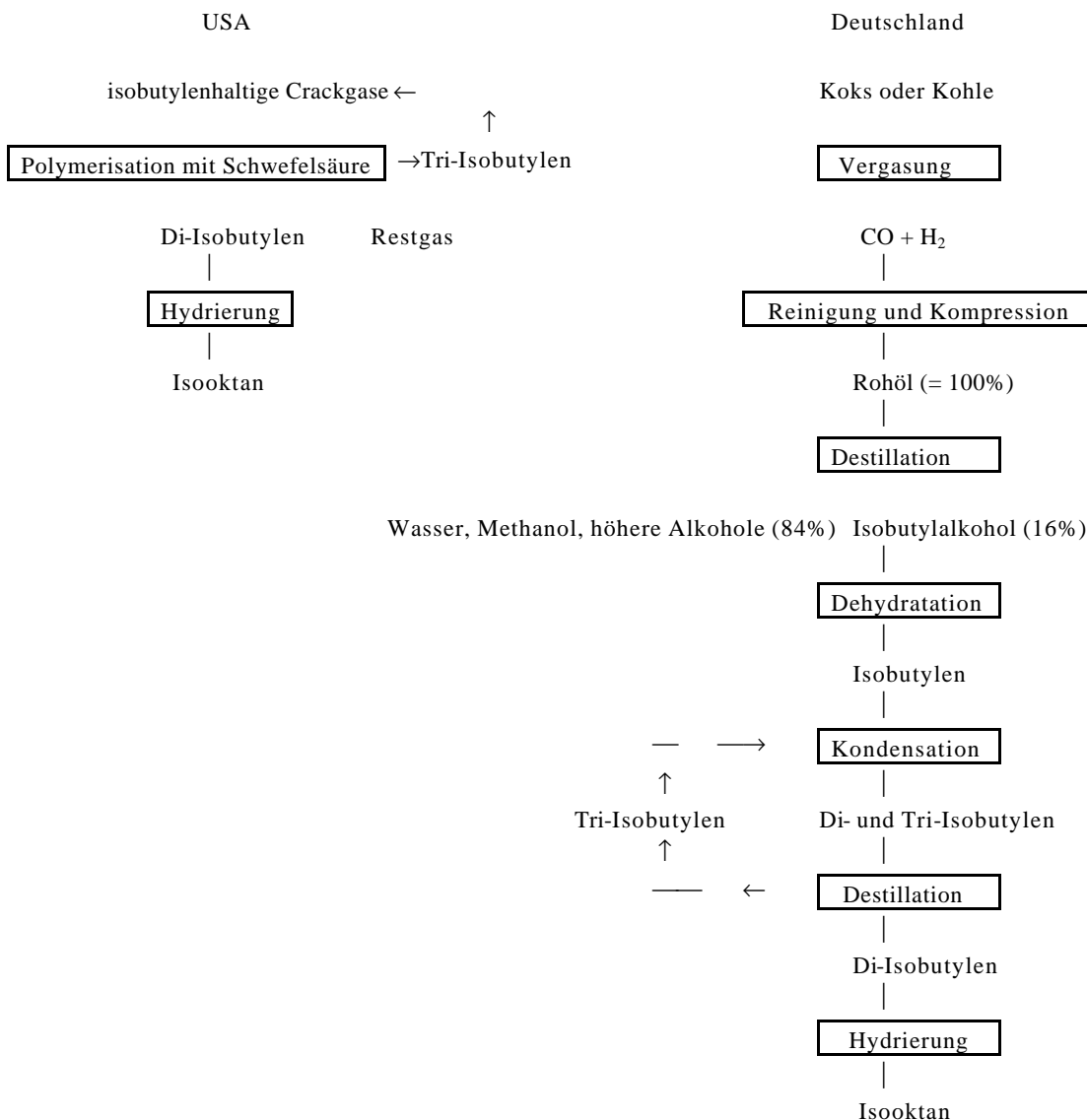
⁵⁹ Ritter, G.: Die deutsche Mineralölversorgung. Zur Sicherung des Normalbedarfs und des A-Fall-Bedarfs, Juni 1935, WWA NI-7295, Bl. 62.

⁶⁰ Philippovich, Alexander: Die Betriebsstoffe für Verbrennungskraftmaschinen, Wien ²1949 (= Die Verbrennungskraftmaschine, Band 1 Teil 1), S. 89.

⁶¹ Ebd.

Historiker, die im naturwissenschaftlich-technischen Bereich arbeiten, müssen sich mit der Materie nach Möglichkeit auseinandersetzen, um Fehlinterpretationen zu vermeiden. Daß dies im erforderlichen Umfang bei der Untersuchung der synthetischen Treibstoffe bisher nicht geleistet wurde, wird an zwei weiteren Beispielen gezeigt. Birkenfeld konstatiert auf Grund der von Ritter 1935 skizzierten Produktionsweisen von Isooktan in den USA und in Deutschland, daß der Herstellungsweg der IG eine der Hauptursachen für die Unterversorgung mit hochoktanigem Flugbenzin gewesen sei. Er kritisiert den im Vergleich zur amerikanischen Verfahrensweise längeren, komplizierten Produktionsweg der IG sowie die Menge der Nebenprodukte, die zum Teil kaum absetzbar gewesen seien und deshalb die Isooktanerzeugung zusätzlich negativ beeinflusst hätten.⁶² Diese Art der Beweisführung ist nicht nur oberflächlich, sondern sie weist auch grobe Fehler auf.

Skizzierung der Isooktanproduktion in den USA und der I.G. Farbenindustrie A.G. 1935



Quelle: Ritter, Mineralölversorgung, WWA NI-7297, Bl. 107; vgl. Birkenfeld, S. 71.

⁶² Birkenfeld, S. 72, 73.

Ritters Dokument umreißt die Methode der IG, Isooktan herzustellen, für die es verschiedene Möglichkeiten gab, wesentlich detaillierter als für die USA. In Birkenfelds Gegenüberstellung werden die isobutylenhaltigen Crackgase bzw. Koks und Kohle als Ausgangsprodukte der Isooktanherstellung bezeichnet. Birkenfeld übersieht, daß er damit Stoffe auf eine Ebene stellt, die nicht der gleichen Produktionsstufe entsprechen.

Das von Ritter skizzierte Verfahren der IG diente nicht speziell der Isooktanerzeugung, sondern es entwickelte sich aus der bereits lange zuvor angewandten Methanol-Synthese. Birkenfeld verdreht die Tatsachen, wenn er Methanol als Nebenprodukt bezeichnet, das wenigstens einen Absatzmarkt hatte. Ganz im Gegenteil: Es war der IG gelungen, das bei der Methanol-Synthese anfallende Nebenprodukt Isobutylalkohol der weiteren Verwendung zuzuführen. Das hier nach der Wasserabspaltung gewonnene Isobutylene nutzte die IG nicht allein zur Isooktanerzeugung, sondern es war beispielsweise auch Ausgangsstoff für die Herstellung von Oppanol. Oppanol-B, der Trivialname des nach seinem Entdeckungsort Oppau bezeichneten Polyisobutylen, wurde zur Verbesserung des Viskositätsindex von Mineralölen eingesetzt. Eine weitere Anwendungsmöglichkeit bestand darin, es mit Polyethylen zu mischen. Mit diesem Mischprodukt wurden elektrische Leitungen isoliert.⁶³ Isobutylene war somit nicht ein verzögerndes Zwischenprodukt sondern Ausgangsbasis für z.B. die Isooktan- und Oppanolproduktion.

Birkenfeld hat in seiner Wiedergabe des Dokumentes von Ritter eingezeichnet, daß bei der Polymerisation von Crackgasen auch Tri-Isobutylene entsteht. Ihm hätte klar sein müssen, daß auch in den USA die Isooktanherstellung daher eine Trennungsstufe des Di- von dem Tri-Isobutylene erfordert. Bei dieser genaueren Betrachtungsweise stellt sich heraus, daß beide Produktionswege die gleiche Länge haben. Entgegen Birkenfelds negativer Wertung der Isooktanerzeugung in Deutschland gelang es der IG, durch ihre Unternehmensstrategie nicht nur ein Produkt, sondern eine Palette verschiedenster Erzeugnisse durch Kopplung der Verfahren zu gewinnen.

Daß Birkenfeld auf dem Gebiet der Chemie aber zu unsicher ist, um größere Zusammenhänge in seine Beurteilung mit einfließen zu lassen, wird bei seinem Umgang mit Ritters handschriftlichem Dokument deutlich. Er übernimmt statt des Begriffes Dehydratation den Ausdruck Dehydration, was wegen des Bedeutungsunterschiedes bestenfalls ein Schreibfehler mit gravierenden Folgen für das Verfahren wäre; doch seine Überforderung bei dem Verständnis der Quelle wird dadurch deutlich sichtbar, daß er bei der Polymerisation der Crackgase Schwefelstufe statt Schwefelsäure liest, was überhaupt keinen Sinn ergibt.

Auch Stoakes liefert ein Beispiel für die unzureichende Kenntnis der Verfahren der IG. Stoakes berücksichtigt nur den bereits von Hughes vorgestellten Zusammenhang der Verfahren zur Gewinnung von Ammoniak, Methanol und Treibstoffen. Er argumentiert, das IG-Verfahren sei kostengünstiger als die Fischer-Tropsch-Synthese gewesen wegen der Möglichkeit, die Wasserstoff-Synthese permanent in Betrieb zu halten. Darüber hinaus kommt er zu dem Schluß, daß die geringeren Produktionskosten des IG-Verfahrens eher ein Ergebnis als eine Ursache seiner bevorzugten

⁶³ Nagel, Methanol · Treibstoffe. S 13, 27; Hölscher, Kautschucke · Kunststoff, Fasern, S. 61, 62.

Stellung im Reich gewesen seien.⁶⁴ Die kostensparenden und effizienzsteigernden Auswirkungen der chemietechnisch vernetzten Diversifikation als Ergebnis der Verwirklichung des Unternehmensstrategie erkennt er nicht. Angesichts der Strategie der IG ist es sowohl grotesk, dem Unternehmen wegen der Anwendung seiner Verbundverfahren die Wirtschaftlichkeit seiner Treibstoffproduktion abzusprechen, als auch unhaltbar, die Erklärung der Bevorzugung ihres Verfahrens ausschließlich auf ihren politischen Einfluß zu reduzieren.

Im Rahmen der Autarkiewirtschaft kam der synthetischen Treibstoffindustrie wegen der nicht ausreichenden Erdölquellen besondere Bedeutung zu. Nur die IG-Verfahren waren in der Lage, für alle Waffengattungen die benötigten Betriebsstoffe zu erzeugen. Von Vertretern der Ruhrchemie und der IG ist übereinstimmend ausgesagt worden, die Fischer-Tropsch-Synthese eigne sich primär nicht zu der Erzeugung von synthetischen Treibstoffen, sondern zur Rohstoffproduktion für die chemische Industrie.⁶⁵ Unter diesen politisch-militärischen Rahmenbedingungen war die Fischer-Tropsch-Synthese keine Alternative zu den IG-Verfahren und erst recht nicht, wenn die chemietechnisch vernetzte Diversifikation als wichtigster Impuls für die langfristige Strategie der IG einbezogen wird. Dies sollte bei weiteren Untersuchungen über die Interpretation der Beziehung zwischen IG und Regime beachtet werden.

AKKU-JAHRESTAGUNG

Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert: Kontinuität und Mentalität

12. Jahrestagung des Arbeitskreises für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte (AKKU) e.V., vom 11.- 13. Oktober im Haus der Geschichte des Ruhrgebiets in Bochum.

Tagung in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte (GUG) und dem Haus der Geschichte des Ruhrgebiets.

Gegenstand dieses Symposiums ist der bislang systematisch kaum thematisierte Form- und Strukturwandel der wirtschaftlichen Führungsschichten zwischen dem Ende des Kaiserreichs und der späten Bundesrepublik. Zur Diskussion steht damit sowohl die Sozialstruktur (Rekrutierung, Ausbildung, Karrieremuster etc.) als auch die Identität, Selbstwahrnehmung und Semantik der wirtschaftlichen Eliten. Von großem Interesse ist dabei die Frage, ob eindeutige Zäsuren in der Entwicklung der Wirtschaftseliten bestimmt werden können.

⁶⁴ Stoakes, *Oil Industry*, S. 270.

⁶⁵ Hall, C. C.: *The Fischer-Tropsch Plant of Ruhrchemie A.G. Sterkrade-Holten, Ruhr*, UB Bochum CIOS Final Report No. XXVII-69, S. 57; *Interrogation of Dr. Buetevisch at the Ministry of Fuel & Power*, UB Bochum BIOS Final Report No. 1697, S. 2.

Diese Fragen sollen in einer öffentlichen Podiumsdiskussion zum Thema „Unternehmer in der Nachkriegsgesellschaft - Funktionen, Positionen, Leitbilder“ sowie in drei Sektionen diskutiert werden:

1. Kontinuität und Wandel der deutschen Wirtschaftselite zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik
2. Wirtschaftlicher Strukturwandel und Elitenwechsel 1930-1990
3. Sozialprofil und Mentalitäten der Wirtschaftselite

Organisatorische Hinweise

Wir organisieren die Konferenz nach dem Berichterstattersystem, um möglichst informative Diskussionsgrundlagen zu erhalten und möglichst viel Zeit für die Diskussionen zu gewinnen. Dies verlangt vor allem von den aktiven Teilnehmern, den Berichtstatter und den Sektionsleitern einige Disziplin: Es wird gebeten, vorformulierte Konferenzbeiträge bis zum 1. September 2001 an Dr. Stefan Unger zu übermitteln. Die weitere Versendung an alle Konferenzteilnehmer wird durch das ISB vorgenommen. Während der Konferenz werden die Berichtstatter die Beiträge der jeweiligen Sektion „vorstellen“ (bis zu 30 Min.), hiernach erhalten zunächst die Autoren das Wort (ca. 5-10 Min.), um gewünschte Ergänzungen und Korrekturen einzubringen. Allen Teilnehmern der Konferenz wird auf diese Weise die Möglichkeit verschafft, sich vorher genau zu informieren; die Diskussionen können einen konzentrierteren Verlauf nehmen; Autoren können sich selbstverständlich in der Vorbereitungsphase mit den Berichtstatter und Sektionsleitern in Verbindung setzen.

Die Organisatoren beabsichtigen, die Beiträge je nach Eignung - nach Überarbeitung, also unter Bezug auf die Diskussionen während der Konferenz - möglichst rasch zur Veröffentlichung zu bringen.

Als Ansprechpartner für die Mitglieder des AKKU fungiert: Dr. Stefan Unger, Zentrum für Interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung, Clemensstr. 17-19, 44789 Bochum, Tel. 0234-3227848, Fax 0234-3214253, e-mail: Stefan.Unger@Ruhr-Uni-Bochum.de

Programm:

Donnerstag, 11. Oktober 2001

18.00 Uhr Öffentliche Veranstaltung: Unternehmer in Deutschland seit 1945. Macht, Politik und Kultur im Nachkriegsdeutschland

Begrüßung durch den Rektor der Ruhr-Universität Bochum: *Prof. Dr. Dietmar Petzina*

Begrüßung durch den Vorsitzenden der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte
Prof. Dr. Manfred Pohl,

Unternehmer in der Nachkriegsgesellschaft - Funktionen, Positionen, Leitbilder

*Prof. Dr. Dr. h. c. Jürgen Kocka, Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin,
Präsident des Internationalen Historikerverbandes*

Unternehmer in der Politik - Politik und Unternehmerschaft

Wolfgang Clement, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Podiumsdiskussion:

Prof. Dr. Toni Pierenkemper, Universität Köln (Leitung)

Wolfgang Clement, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Prof. Jürgen Kocka, Wissenschaftszentrum Berlin

Markus Scheer, Vorsitzender des Vorstands der Phenomedia AG (angefragt)

Staatsminister a.D. Karl Starzacher, Vorsitzender des Vorstands der RAG Aktiengesellschaft

Nach 20 Uhr Empfang mit Abendessen

Freitag, 12. Oktober 2001

Begrüßung durch *Dr. Stefan Unger*, Arbeitskreis für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte (AKKU)

9.00 - 12.30 Uhr: Sektion I: Kontinuität und Wandel der deutschen Wirtschaftselite zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik

Leitung: Prof. Dr. Jürgen Kocka

Berichterstatter: PD Dr. Paul Erker

Dr. Bernhard Lorentz/ Martin Fiedler M.A. (Berlin/Bielefeld): Kontinuitäten in den Netzwerkbeziehungen der deutschen Industrie-Elite, 1927 - 1955: Eine quantitative und qualitative Analyse

Martin Münzel (Bielefeld): Die deutsche Wirtschaftselite und ihre jüdischen Mitglieder 1927-1955

Dr. Hervé Joly (Lyon): Ende des Familienkapitalismus? Das Überleben der Unternehmerfamilien in der deutschen Wirtschaftselite des 20. Jahrhunderts

Prof. Dr. Hartmut Berghoff: Die Führungsschichten der mittelständischen Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Irene Bandhauer-Schoeffmann (Linz): Unternehmerinnen. Selbständige Erwerbsarbeit von Frauen in der österreichischen Nachkriegszeit - ein Kontinuitätsbruch?

Dr. Barbara Koller (Zürich): Herkunft versus Qualifikation? Die Entwicklung der Anforderungsprofile an die Wirtschaftselite seit den 60er Jahren

(Kaffeepause jeweils nach 90 - 120 Min.)

14.30 - 18.00 Uhr Sektion II: Wirtschaftlicher Strukturwandel und Elitenwechsel 1930 - 1990

Leitung: Prof. Drs. Wolfram Fischer

Berichterstatter: PD Dr. Christian Kleinschmidt

PD Dr. Karl Lauschke (Dortmund): Vom Schlotbaron zum Krisenmanager.
Der Wandel der Wirtschaftselite in der Eisen- und Stahlindustrie

Prof. Dr. Werner Plumpe (Frankfurt/Main): Chemische Industrie

Dr. Lutz Budraß (Bochum): Sackgasse oder Zwischenspeicher? Die „Luftwaffenindustrie“ und die Führungsschicht der deutschen Wirtschaft, 1930-1960

Dr. Heidrun Homburg, Handel/Kaufhäuser

PD Dr. Dieter Ziegler (Bochum): Strukturwandel und Elitenwechsel im Bankensektor 1918-1957

20.00 Uhr: Außerordentliche Hauptversammlung des Arbeitskreises für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte e.V.

Samstag, 13. Oktober 2001

9.00 - 11.00 Uhr Sektion III: Sozialprofil und Mentalitäten der Wirtschaftselite

Leitung: Prof. Dr. Klaus Tenfelde

Berichterstatter: Dr. Dietmar Bleidick

Jörg Leszczenski M.A./ Birgit Wörner M.A. (Bochum/Frankfurt): Der Unternehmer, sein Werthimmel und die wirtschaftsbürgerliche Lebenspraxis bis zur Weltwirtschaftskrise 1930

Christof Biggeleben M. A. (Berlin): Bürgerliche Kontinuitätslinien im Berliner Unternehmertum zwischen 1890 und 1961

Dr. Stefan Unger (Bochum): „Die Herren aus dem Westen“ - Struktur und Semantik der Wirtschaftselite des Ruhrgebiets 1930 - 1970

Dr. Morten Reitmayer (Trier): „Unternehmer zur Führung berufen - durch wen?“ Die Diskussion von Eliten-Vorstellungen und deren Ausbreitung in der Unternehmerschaft zwischen 1948 und 1967

Prof. Dr. Michael Hartmann (Darmstadt): Soziale Homogenität und generationelle Muster der deutschen Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert

PD Dr. Christiane Eifert (Berlin): Auf dem Weg zur wirtschaftlichen Elite: Unternehmerinnen in der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Cornelia Rauh-Kühne (Tübingen): Bürgerlichkeit nach 1945? Unternehmerfamilien zwischen häuslicher Intimität und Berufswelt

11.30 - 12.30 Uhr Abschlussdiskussion

Einleitung: Prof. Dr. Werner Plumpe

PROJEKT

Die Forschungsstelle zur Geschichte der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie seit 1945

Die Zahl der staatlich-unternehmerischen Großprojekte in der bundesdeutschen Nachkriegszeit ist klein. Am bekanntesten ist der Auf- und Abstieg der Atomindustrie, zu der zahlreiche Studien vorliegen, mit weitem Abstand gefolgt von Arbeiten über den Einstieg deutscher Firmen in die Computertechnik. Ein Projekt, das in den fünfziger und sechziger Jahren noch als vornehmster Ausweis der technologischen Aufholjagd der deutschen Industrie galt, ist heute zwar nicht vergessen – doch wird es kaum je als besonders auffällig erinnert. Nur dann und wann, wenn französische Raketen „mit deutscher Beteiligung“ entstandene Satelliten aus dem südamerikanischen Urwald ins All schießen, gibt es einen gewissen Nachgeschmack der Aufbruchphase der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie.

Nicht zuletzt, da diese ohnedies schwächliche Industrie jüngst vollständig in einem internationalen Konzern aufgegangen ist, besteht jedoch die Gefahr, dass jegliche Erinnerung an sie getilgt wird. Die Unternehmen von Messerschmitt, Heinkel und Focke-Wulf sind wegen ihrer Rolle in der Kriegszeit Gegenstand mancher staatlicher und vor allem privater Sammlungen. Doch sind die Akten dieser und anderer Unternehmen aus der Nachkriegszeit zum Großteil verloren gegangen. Mit der Ausnahme eines Konvoluts aus dem Unternehmen Ernst Heinkels, das sich mittlerweile im Deutschen Museum in München befindet, gibt es kein einziges Unternehmensarchiv, das diesen Namen verdiente. Selbst der große, lange Zeit als MBB firmierende süddeutsche Block, der zeitweise weit über zehntausend Mitarbeiter zählte, führt erst seit sechs Jahren eine Art Registratur, und diese ist für die historische Forschung nicht zugänglich.

Aus diesem Grund ist im vergangenen Jahr an der Ruhr-Universität Bochum die Forschungsstelle zur Geschichte der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie seit 1945 gegründet worden. Anlaß war die Übernahme der Altakten des Bundesverbandes der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie, die wegen dessen Umzug von Bad Godesberg nach Berlin vernichtet werden sollten. Der Bestand reicht zeitlich bis in die frühen fünfziger Jahre zurück und ist wohl eine der dichtesten Quellenbestände zur Geschichte der bundesdeutschen Wiederbewaffnung aus der Perspektive eines Unternehmerverbandes. Ergänzt wird dieser Bestand mittlerweile durch eine umfangliche Sammlung des langjährigen Geschäftsführers des Verbandes, Arno L. Schmitz. In der Forschungsstelle haben sich seither verschiedene Projekte zusammengefunden, die im Umfeld der Konversions- und Technologiepolitik der Nachkriegszeit angesiedelt sind. Ihr Ziele sind einerseits die Erforschung jener Vorhaben, mit denen die Luftfahrtindustrie in den fünfziger Jahren als technologisches Zugpferd der deutschen Industrie etabliert werden sollte, andererseits aber die Rettung von Nachlässen und anderen Sammlungen aus dem Umfeld dieser Industrie, die mit dem Aussterben ihrer Gründergeneration auch ihre Erinnerung zu verlieren droht.

NEUE LITERATUR

Luhmann, Niklas: Organisation und Entscheidung. Westdeutscher Verlag, Opladen 2000, 478 Seiten, 72 DM [OE]

Luhmann, Niklas: Die Politik der Gesellschaft. Suhrkamp, Frankfurt 2000, 437 Seiten, 48 DM [PG]

Niklas Luhmann lebt. Der 1927 geborene, der nach dem rechtswissenschaftlichen Studium zunächst in der öffentlichen Verwaltung arbeitete, lehrte seit 1968 als Professor für Soziologie an der Universität Bielefeld. Er kann neben J. Habermas als bedeutendster Sozialwissenschaftler des letzten Jahrhunderts gelten. Versuchte Habermas durch die kommunikationstheoretische Wende das alteuropäische Projekt einer konsensuell-vernünftigen Gesellschaft zu erhalten, so kann Luhmanns Systemtheorie als systematische Desillusionierung dieses Anspruchs gelesen werden.

Eine genauere Bestimmung des Luhmannschen Ansatzes kann hier nicht erfolgen, nur bestimmte Eindrücke und Schwerpunkte mögen hervorgehoben werden.¹ Man merkt beiden Büchern eine gewisse Erschöpfung des Autors an, die sich insbesondere darin zeigt, daß die treffenden Beobachtungen aus dem Alltagsleben und deren beißende Kommentierung und Interpretation durch Luhmann nicht so pointiert wie in früheren Schriften hervortreten. Insbesondere OE ist eine selbst für Luhmann gesteigerte opake Eigenschaft nicht abzuspüren. Der Grad der Abstraktifizierung in PG ist deutlich geringer, wozu insbesondere auch die langen Passagen zur historischen Entwicklung des Politischen (z.B. über die Formen des Staates) beitragen. Beide Bücher fassen zusammen, was in früheren Werken bereits weitgehend ausgeführt wurde, allerdings um mikrologische Teilaspekte ergänzt (z.B. zum Konzept der „Karriere“ in OE). Beide Bücher buchstabieren aus, was in frühen Werken im Kern bereits vorgedacht wurde und in mehr als dreißig Jahren ausreifen konnte², ergänzt durch einige architektonische Neuerungen wie die Einführung des Konzepts der Autopoiesis. Hatte Luhmann bereits 1984 mit *Soziale Systeme* (Suhrkamp) eine vorläufige Synthese seines Ansatzes vorgelegt, so liegt der Höhepunkt seines Schaffens - bereits im sicheren Wissen um den baldigen Tod (die „Person“ Luhmann verstarb im November 1998³) - mit *Die Gesellschaft der Gesellschaft* (Suhrkamp, 1997) vor, um die sich Studien zu gesellschaftlichen Teilsystemen gruppierten.⁴

Die beiden hier vorzustellenden Bände stammen - neben anderen⁵ - aus dem Nachlaß, wobei OE bei Luhmanns Tod bereits publikationsreif abgeschlossen war, PG ist im Vergleich ein deutlich weni-

¹ Siehe die Einführungen von H. Gripp-Hagelstange: Niklas Luhmann- Eine Einführung. UTB, 1997; G. Kneer und A. Nassehi: Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme. 3. Aufl. UTB, 1997; W. Reese-Schäfer: Niklas Luhmann zur Einführung. 3. Aufl. Junius, 1999.

² N. Luhmann: Politische Planung - Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung. Westdeutscher Verlag, 1970; N. Luhmann: Funktionen und Folgen formaler Organisation. Duncker und Humblot, 1964.

³ R. Stichweh (Hg.): Niklas Luhmann - Wirkungen eines Theoretikers. Transcript-Verlag, 1998.

⁴ Die Wirtschaft der Gesellschaft. Suhrkamp, 1988; Die Wissenschaft der Gesellschaft. Suhrkamp, 1990; Das Recht der Gesellschaft. Suhrkamp, 1993; Die Kunst der Gesellschaft. Suhrkamp, 1995.

⁵ N. Luhmann: Die Religion der Gesellschaft. Suhrkamp, 2000.

ger fertiges Buch, das Luhmann noch überarbeiten wollte, sich A. Kieserling als Herausgeber aber angesichts des fortgeschrittenen Standes des Buches dennoch auf marginale Ergänzungen beschränken konnte. Beide Bücher hätten auf jeden Fall ein besseres Register verdient.

Auffällig an Luhmanns Schriften ist für Ökonomen und Wirtschaftshistoriker der weniger systematische Charakter seiner dem Wirtschaftssystem gewidmeten Schriften. Dennoch hat Luhmann gerade in ihren Reihen einige Anhänger gefunden, die seinen Beitrag systematisch auf die Wirtschaft anzuwenden versuchen.⁶

Der in den beiden hier zu rezensierenden Büchern auftretende Grundgedanke Luhmanns sieht Gesellschaft, heute die Weltgesellschaft, als Summe aller Kommunikationen, die sich in evolutionär herausgebildeten Teil- bzw. Funktionssystemen wie Recht, Religion, Politik usw. ausdifferenzieren. Diese Systeme sind autopoietisch, d.h. fortgesetzt selbstgenerierend, sie operieren nach einem eigenen Code und differenzieren jeweils ein System von einer von ihnen entworfenen Umwelt. Die Teilsysteme stehen untereinander in einer Beziehung eher loser Koppelung, sie setzen sich gegenseitigen Irritationen aus, einen (teil)systemneutralen objektiven Blick gibt es für Luhmann ebenso wenig wie eine sinnvoll einzunehmende Perspektive der Gesamtgesellschaft als eine Art kosmologische Totalitätsreflexion. Auch die Wissenschaft hat nur eine beschränkte Teilsystemperspektive.⁷

In OE, die die letzte Fassung seiner Organisationssoziologie enthält, diskutiert Luhmann im ersten Kapitel klassische Organisationstheorien und kritisiert ihren Essentialismus, sowie die Abgabe von Handlungsempfehlungen und die Entwicklung normativer Modelle einer rationalen Organisation. Ihnen stellt er sein Konzept der Organisation als operativ geschlossenes autopoietisches System, das Offenheit durch Autonomie realisiert, mit Entscheidungen als spezifischer Art der Systembildung, entgegen. „Autopoiesis ist demnach nur möglich, wenn das System sich im Dauerzustand der Unsicherheit über sich selbst im Verhältnis zur Umwelt befindet *und diese Unsicherheit durch Selbstorganisation produzieren und kontrollieren kann ...* Als Empfänger von Kommunikationen regeln die eigenen Strukturen der Organisation, durch welche Informationen man sich irritieren und zu eigener Informationsverarbeitung anregen lässt. Als Absender von Kommunikationen trifft die Organisation Entscheidungen darüber, was sie mitteilen will und was nicht. Insofern bleibt die Umwelt für die Organisation eine eigene Konstruktion, deren Realität natürlich nicht bestritten wird“ (S. 47 und 52).

Neben dem doch sehr abstrakten Supertheorieanschnitt des Luhmannschen Ansatzes mag man sich fragen, ob nicht ein striktes autopoietisches Orientierungsmodell im Falle der Organisationen eher eine Devianzdiagnose böte anstelle einer adäquaten Beschreibung aller Systeme an und für sich (ist dies nicht eine neue Art des Essentialismus?). Arbeitsämter beispielsweise werden finanziert, um Arbeitslosigkeit zu verringern. Falls sie einen Antiirritationskordon errichten, der sie gegenüber ihrem Zentralproblem immunisiert, würde dies im allgemeinen Verständnis ein Fehlverhalten bedeuten, wäre es für Luhmann aber eher eine erfolgreiche autopoietische Abschottung? Man kann

⁶ Als Beispiel siehe etwa Dirk Baecker, *Organisation als System*, Frankfurt 1999 und Dirk Baecker und Michael Hutter (Hrsg.), *Systemtheorie für Wirtschaft und Unternehmen*, Opladen 2000, sowie die informierte Rezension der letztgenannten Aufsätze von Günther Chaloupek in *Wirtschaft und Gesellschaft*, 26 (2000), 587-589.

⁷ Eine ganz originelle Interpretation und Übersicht des Luhmannschen Ansatzes bietet Urs Stäheli, *Sinnzusammenbrüche: Eine dekonstruktive Lektüre von Niklas Luhmanns Systemtheorie*, Weilerswist 2000.

sich auch fragen, wie eine Irritation durch die Außenwelt überhaupt erfolgen kann, wenn die Umwelt primär eine Konstruktionsleistung des Systems ist. Der letzte Satz des Zitats zeigt unseres Erachtens, daß es bei Luhmann ein ungeklärtes Verhältnis zwischen einer Art Systemkonstruktivismus und einem Umweltfoundationalism im Sinne Rortys gibt.

Kapitel drei von OE geht auf Mitgliedschaften und Motive ein. Auch wegen der Unerforschlichkeit des menschlichen Innenlebens kommt es zu einer Trennung der psychischen und sozialen Systeme, die Mitgliedschaft beruht im allgemeinen auf einer Mischung aus ökonomischer Nutzenkalkulation, Normbindung qua Vertrag und Karriereorientierung, über die er einiges Interessantes zu sagen weiß. Der Mensch wird zum ersetzbaren Personal (Kapitel neun), das „Menschliche“ hat bestenfalls ideologische oder kompensatorische Bedeutung (S. 89). Dank der Ersetzbarkeit läßt sich daher sagen: „In modernen Organisationen stirbt man nicht“ (S. 88).

Kapitel vier zeigt sehr anschaulich die Paradoxien des Entscheidens, zentriert um die Frage, wer Entscheidungen zurechnet. Die auch in ökonomischen rationalen Wahlhandlungstheorien immer wieder auftauchende Problematik der Paradoxie des Entscheidens wird von Luhmann mit viel Feingefühl herausgestellt. „Die Entscheidung muss über sich selbst, aber dann auch noch über die Alternative informieren, also über das Paradox, dass die Alternative eine ist (denn sonst wäre die Entscheidung keine Entscheidung) und zugleich keine ist (denn sonst wäre die Entscheidung keine Entscheidung)“ (S. 142).

Nach Ausführungen zum Zeitverhältnis knüpft er in Kapitel sechs über Unsicherheitsabsorption an das Entscheidungskapitel an. Der Begriff und die kardinale Bedeutung der Zweckorientierung ist für ihn durch die Absorption von Unsicherheit zu ersetzen (S. 184), gefolgt von hieraus abgeleiteten Fragestellungen zu Entscheidungsprämissen und –programmen, dem Rationalitätskonzept, der Selbstbeschreibung usw. Es stellt sich erneut die Frage, ob man Organisationen wirklich von Fragen der Zweckorientierung und –erfüllung per se freistellen sollte. Läuft nicht die Absorption von Unsicherheit auf einen Irrationalismus hinaus, der alles inhaltlich bestimmte beliebig und indifferent macht, Hauptsache irgendeine Absorption findet statt. Diese kritische Bemerkung ist ganz unabhängig davon, für wie relevant man das Phänomen der Knightschen Unsicherheit etwa in der österreichischen oder Keyneschen Tradition hält. So wundert es auch nicht, daß Luhmann die Frage, was sein Ansatz für die Praxis nützen möge, mit der Bemerkung ablehnt, sie mache sich zum verkappten Vertreter der Interessen dieser Praxis (S. 473-474). Man muß nicht unbedingt Vertreter eines strengen Pragmatismus sein, um diesen Schluß des Buches etwas unbefriedigend zu finden.

PG richtet sich ausdrücklich gegen die 2000 Jahre währende alteuropäische Tradition der politischen Gemeinschaft, die nach Luhmann in den schwärmerischen Begrifflichkeiten der Zivil- oder Bürgergesellschaft und auch in Habermas' Ansichten zur latent konsensualen Lebenswelt ihre Fortsetzung fände, an dessen Stelle Luhmann den Realismus des schweigenden Dissens vorzieht. Er setzt mit der Ausdifferenzierung eines operativ geschlossenen Politiksystems an, das auf Macht (negative Sanktionen, die beide Seiten vermeiden wollen) als generalisiertem Kommunikationsmedium mit Inflations- und Deflationstendenzen im Anschluß an Parsons beruht. „Physische Gewalt ist dasjenige Drohmittel, das sich am besten zur Erzeugung des symbolisch generalisierten Kom-

munikationsmediums Macht und zugleich ... zur Ausdifferenzierung eines spezifischen Funktionssystems für Politik eignet, das später den Namen „Staat“ erhalten wird“ (S. 55).

Die basalen Codes und Ämter werden untersucht, Wahlen als politisch selbst erzeugte Unsicherheit vor dem Hintergrund der Teilsystembildung identifiziert. Es sei „die richtige Frage: wie unterscheidet das politische System sich selbst? Die Frage stellt sich also nicht objektivistisch: was ist das Wesensmerkmal des Politischen?, sondern konstruktivistisch: wie produzieren Kommunikationen sich als politische Kommunikationen“ (S. 81). Der Bedarf an Entscheidungen wächst hierbei ständig, da Entscheidungen weitere Entscheidungen notwendig machen und sei es zur Korrektur früherer Entscheidungen (S. 137). Luhmann hält einen bestimmten Politiktypus für unvermeidlich: „Statt zielorientierter Rationalität geht es mehr und mehr um zeitorientierte Reaktivität ... Schnelligkeit und Flexibilität werden zu vorherrschenden Anforderungen, und eben deshalb werden Kompromissbereitschaft und Konsens als Verständigungsformen des Augenblicks großgeschrieben“ (S. 142-143).

Für diese „opportunistische, prinzipiell prinziplose Temporalisierung“ (S. 143) führt er die Dynamik des globalen Wirtschaftssystems, die Neuigkeitenproduktion der Massenmedien, die Vielzahl teilnehmender Organisationen und einiges mehr an (S. 143). Die wesentliche Funktion des politischen Gedächtnisses bestehe daher auch im Vergessen und der ansonsten entlang der Achse von Werten und Interessen verlaufenden Erinnerung. Luhmann beschreibt und legitimiert mit seiner Darlegung den zweifelsohne temporal-opportunistischen Status quo. Aber kann er ihn aus seinem eigenen Konzept wirklich eindeutig ableiten, klingen seine Erläuterungen nicht gelegentlich wie simpler Populismus? Zweifellos ließe sich auch ein nichtopportunistisch-intervenierender Staat aus den Luhmannschen Grundkonzepten ableiten, der um so mehr seine autopoietischen Qualitäten der Selbstgestaltung zur Entfaltung bringen müßte, als sich die Umwelt als eine hochgradig kontingente erwiese. Doch der Effekt der Luhmannschen Darlegung ist wie stets paradox: Indem er das schlechte Gegegenwärtige als zwangsläufig hinstellt, ruft er sicher bei vielen Lesern spontanen Widerstand oder Einwände hervor.

In Kapitel sechs behandelt er den Staat, seinem Territorium und Name und den Folgen lokaler Bindungsaufösungen, der Trennung von legitimer und illegitimer Gewalt, der Lösung des Paradoxes von Stabilität und Wandel und der Tatsache der Weltgesellschaft. Sehr treffend wirken seine Ausführungen zur öffentlichen Meinung und zur Frage, wie wenig wir bei Wahlen über den Wähler wirklich wissen (S. 283-285), sehr klar formuliert sind seine Ausführungen zur strukturellen Kopplung (S. 371-374). Daß Luhmann bei der Geschichte der politökonomischen Ideen nicht immer ganz auf der Höhe der Diskussion ist, zeigen z.B. seine Ausführungen zum Merkantilismus (S. 385). Auch wirkt seine abschließende Einsicht „in die Unprognostizierbarkeit künftiger Gegenwarten bei gleichzeitiger Angewiesenheit auf gegenwärtig zu erstellende Zukunftsprognosen“ (S. 433) als nicht unbedingt beeindruckendes Forschungsergebnis.

Der Rezensent fragt sich, ob wir uns angesichts der drohenden ökologischen Katastrophen (Erderwärmung, Abschmelzen der Polkappen, Auslöschung tausender Tier- und Pflanzenarten) tatsächlich ein autopoietisch vor sich hinschmurgelndes politisches System mit opportunistischen Ausfallschritten noch lange leisten können und warum ein aktiver Staat, der z.B. in den Bereichen Land-

wirtschaft und Infrastrukturpolitik radikal neue Wege geht, eine luhmaneske Unmöglichkeit sein muß. Schließlich gilt vielleicht auch für Luhmanns Theorie, was dieser in PG zu Begründungen des Souveränitätsprinzips bemerkte: „Aber wir wissen schon: Letzte Einheiten sind immer Konstrukte, die eine Paradoxie verdecken, indem sie bestimmte Unterscheidungen favorisieren, deren Einheit dann nicht thematisiert werden kann“ (S. 340).

Helge Peukert

Wolfgang König: Geschichte der Konsumgesellschaft (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 154), Stuttgart 2000, 509 S., DM 98,-

Nach zahlreichen Sammelbänden zur Geschichte der Konsumgesellschaft und einigen Darstellungen zur Entfaltung derselben in der Bundesrepublik (Wildt, Andersen), insbesondere aus dem Bereich der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, legt nun der Technikhistoriker Wolfgang König ein mehr als 500 Seiten umfassendes Werk zur „Geschichte der Konsumgesellschaft“ vor.

Bereits in einigen Aufsätzen hatte König die Dominanz der Produktionsseite in seinem Fach moniert, woraus er mit der vorliegenden Monographie die Konsequenz zieht. Abgesehen von einigen einleitenden Bemerkungen zum Verhältnis von Produktion und Konsumtion und den nachfolgenden ausführlicheren empirischen Kapiteln dazu, enthält sich König bewußt einer weitergehenden theoretischen und methodischen Problematisierung dieses Themenkomplexes. Vielmehr geht es ihm um eine „deskriptive Sozialgeschichte des täglichen Lebens“ und um die Darstellung der „materiellen Grundlage für die Konsumgesellschaft“ in Deutschland, wobei dies immer auch einen Vergleich mit der amerikanischen Entwicklung impliziert. Konsum wird von König in erster Linie als komplementärer Begriff zur Produktion verstanden, und deswegen betrachtet er die Konsum- und Alltagsgeschichte auch in engem Zusammenhang mit der Technikgeschichte.

Die Darstellung ist in 12 Kapitel gegliedert, wobei die ersten vier das Verhältnis von Produktion und Konsumtion, die Anfänge der Konsumgesellschaft sowie der Massenproduktion und -distribution thematisieren. Hier wird u.a. die Literatur zum Thema „Fordismus“ und „Taylorismus“, zur Mechanisierung, Rationalisierung und Standardisierung sowie der neueren Absatzmöglichkeiten (Warenhäuser, Versandgeschäfte, Supermärkte) ausgewertet. Die nachfolgenden Kapitel über die Entwicklung der Konsumgesellschaft in den USA und Deutschland (14 Seiten) sowie über „Bedürfnisse und Konsum“ (4 Seiten) fallen demgegenüber recht knapp aus. Es folgen Überblickskapitel zum Thema „Technisierung des Konsums“ (Ernährung, Bekleidung, Wohnen, Sexualität), über die „Konsumierung der Technik“ (Massentourismus, Unterhaltung und Vergnügen) sowie über „Konsumverstärker“, worunter Mode, Werbung, Kredite etc. verstanden werden. Den Abschluß bilden zwei Kapitel über Globalisierung/Individualisierung sowie über die „Grenzen der Konsumgesellschaft“.

Dabei bleibt König durchgehend seinem deskriptiven Ansatz treu, es sei denn, er gibt kurze Hinweise auf die Werke von Max Weber, Simmel, Sombart oder Marcuse. Doch auch dies verbleibt letztlich auf der beschreibenden Ebene.

Wer das nicht als Manko empfindet oder nach theoretischen oder methodischen Anregungen in Auseinandersetzung mit dem Thema „Konsumgesellschaft“ sucht, sondern den vorliegenden Band als Überblicksdarstellung oder Kompendium betrachtet, der wird anhand der Auswertung des inzwischen umfangreichen Literaturbestandes zum Thema (das Literaturverzeichnis umfaßt ca. 40 Seiten) und mit Hilfe eines nützlichen Sachverzeichnisses sicherlich seinen Nutzen aus der vorliegenden Darstellung ziehen können.

Christian Kleinschmidt

Kaminsky, Anette: Freiheit, Schönheit, Glück. Kleine Konsumgeschichte der DDR, Verlag C. H. Beck, München 2001, 176 S.

Dieses kleine Buch ist kein Auswuchs der „Ostalgie“. Es fragt danach, welche Rolle die Erfahrung einer gelenkten und mangelhaften Konsumwelt im Prozeß des Zusammenbruchs der DDR gespielt hat. Die Antwort der Autorin Anette Kaminsky ist kurz, aber gut begründet: die Konsumatmosphäre, der jedem Bürger die wahre Leistungsfähigkeit des Wirtschaftssystems unter dem SED-Regime vor Augen führte, trug erheblich zu Akzeptanzverlust und Destabilisierung bei. Die Erfahrung der bunten Warenwelt des Westens war auch der Hauptgrund, weshalb nach der Wende Reformideen und neue „sozialistische Experimente“ keine Chance hatten, gegen die Verlockungen der Vereinigung mit dem vermeintlichen Schlaraffenland des Konsums.

Die unter Umständen systemsprengende Kraft der Unzufriedenheit über die Versorgungslage war der SED bewußt, deshalb versuchte sie mit ihren wirtschaftlichen Maßnahmen und einer Reihe von Kampagnen einen besseren Lebensstandard zu erreichen oder die Erreichbarkeit dieses Zieles zumindest zu suggerieren. Deutlich wird, daß Konsumvorstellungen und -verhalten kaum plan- und lenkbar sind. Otto Grotewohls Idealvorstellungen vom sozialistischen Arbeiterkonsumenten waren weit von den Wünschen und Beschaffungspraktiken Otto Normalverbrauchers entfernt – mit zunehmender Tendenz.

In fünf chronologischen Kapiteln, deren Handlungszeit nach nicht definierten Phasen eingeteilt ist, wird die Konsumgeschichte der DDR im Vergleich mit der BRD von 1945-1989 beschrieben. Dabei entpuppt sich die Erzählung als eine Wundertüte, in der sich allgemeine Wirtschafts-, Sozial- und Politikgeschichte sowie Geschlechter-, Produkt- und Unternehmensgeschichte (z.B. der HO-Läden) zusammenfinden. Handel, Versorgung und Verbrauch mit Beispielen aus diversen Branchen bilden das thematische Bindeglied. Die Zusammenhänge von Investitionspolitik, Wirtschaftsplanung, politischen Zielen sowie die Interdependenzen der Marktsektoren und -akteure werden besonders in den Blick genommen.

Das erste Kapitel gibt zunächst einen allgemeinen Überblick über Ausgangslage und Lebensbedingungen in der Mangelsituation der Nachkriegszeit, die die Konsumerfahrungen besonders im Bereich der Nahrungsmittel in allen Teilen Deutschlands noch recht homogen erscheinen ließ. Ebenso werden die grundlegenden und grundlegend andersgearteten wirtschaftlichen Weichenstellungen der Ex-Alliierten thematisiert.

Im folgenden werden die Versuche beschrieben, mit neuen Technologien, Rohstoffen und zum Teil kuriosen Entwicklungen, streng nach Plan die Versorgungslage, später auch mit Konsumgütern, zu verbessern. Trotz vieler Bemühungen mangelte es, gerade auf dem Land, an der staatlich zu gewährleistenden Grundversorgung mit Waren und Dienstleistungen. Die Infrastruktur des Handels, die flächendeckende Ausstattung mit Distributionseinrichtungen, war mangelhaft. Für Abhilfe sollten Konsumgenossenschaft und Versandhandel sorgen. Die Absatzmöglichkeiten neuer Distributionsformen wie Selbstbedienung und Bestellkauf eilten dem zur Verfügung stehenden Warenangebot jedoch davon, obwohl die Sortimenttiefe abnahm. Die neuen Handelsformen sollten eine bedarfsorientierte Lenkung des Warenstroms gewährleisten. Während der Liberalisierungswelle unter dem Neuen Ökonomischen System wollte man das unberechenbare Kaufverhalten durch Erziehung der Bevölkerung zu „sozialistischen Kunden“ der Planung angepaßt werden. So hoffte man, endlich ein klares Bild des Bedarfs zu erzielen, das in der chaotischen Verteilung des Mangels nicht zu ermitteln war. Wenig später schon ging es nur noch darum, den Kunden auf den Kauf nach Verfügbarkeit und nicht nach Notwendigkeit der Ware zu konditionieren.

Lange war dennoch nicht zwingend absehbar, daß die Überflügelungen des westdeutschen Konsumniveaus ein Traum bleiben sollte. Die Kampagnen der Staatsführung wurden gespeist aus einem grenzenlos wirkenden Zukunftsoptimismus. Interessant ist dabei, wie beide Seiten im deutschen Wettstreit Fragen der Bedarfsdeckung propagandistisch instrumentalisierten. In der DDR verschärften die Folgen dieser Indienstnahe sowohl den Unmut der Bevölkerung als auch die Probleme der fortbestehenden Mangelwirtschaft durch rein politisch motivierte Umsteuerungen.

Die Werbung sollte nicht nur Produkte, sondern politische Zielsetzungen verkaufen, den Konsumenten erziehen. Etwa sollte die Ausgestaltung des steigenden Freizeitbudgets sinnvoll sein, auch im Bereich des Konsums (Kassettenrecorder als Russisch-Lernhilfe). Neue Produkte für die Freizeit sollten ein neues Lebensgefühl vermitteln. Doch gerade Produkte wie der Fernseher wurden weniger genutzt, um an staatlich propagierten Bildungsprogrammen teilzunehmen, sondern um über „das Fenster zur Welt“ Maßstäbe kennenzulernen, an denen sich die Lebensverhältnisse in der DDR immer weniger messen ließen. In immer neuen Schwerpunktbereichen hielt die Produktion der Nachfrage nicht stand, da die Planer zum einen Trends verschliefen, zum anderen Lohnerhöhungen und erhöhte Kaufkraft das gesteigerte Angebot schnell aufzehrten.

Der Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker markierte Anfang der 70er Jahre einen Kurswechsel in der Konsumpolitik. Das Neue Ökonomische System und der konsumpolitische Wettlauf mit der BRD wurde abgebrochen. Die Fixierung auf den Westen sollte nach dem Eigentor des „Einholen und Überholen“ unterbunden werden, doch der Westen blieb „in“. Identitätsstiftend konnten die Lebensverhältnisse im Vergleich mit und zur BRD nicht wirken. Angebot, Nachfrage und Konsumentwünsche ließen sich weder einzeln, geschweige denn aufeinander abgestimmt planen. Als Bei-

spiele führt die Autorin das Wohnungsbauprogramm der 70er Jahre, Möbelindustrie und Jugendkultur an. Zudem führten die steigende Auslandverschuldung und Engpässe bei Importwaren sowie die steigenden Spareinlagen, die nicht durch Waren gedeckt wurden, bei Führung und Bevölkerung zunehmend zu Dauerkrisenstimmungen. Ein Ausgleich zwischen Kaufkraft, veralteten Produkten, die auf Halbe produziert wurden, und Mangelgütern wurde nicht erreicht. Die aus Not geborene und staatlich geförderte Selbsthilfebewegung konnte die Misswirtschaft nur bedingt auffangen. In den achtziger Jahren erfasste die Krise sogar wieder die Grundnahrungsmittelversorgung und die gehobenen Sortimente, bei steigendem Preisniveau und Ungerechtigkeiten in der Verteilung der Waren. Als die Versorgungsmängel schließlich Berlin erreicht hatten, galt es als Zeichen, dass die DDR wirtschaftlich keinen Spielraum mehr hatte.“ (S. 151) Auch die Mobilisierung aller Seitenwege der Versorgung reichte nicht mehr aus, um die politische Lage oder auch nur die Versorgungssituation zu stabilisieren.

Anette Kaminsky ist wissenschaftliche Referentin bei der „Stiftung Aufarbeitung“, ihr Taschenbuch erscheint in der beck'schen reihe. Die vielen schwarz-weiß Abbildungen sind gut illustrierend in den Text eingebunden. Die Tabellen zu Verbrauch, Sparverhalten, Einkommen und Haushaltsausstattungen am Ende des Buches machen die Aussagen rekapitulierbar. Vielfach werden (quellenkritisch) statistische Angaben im Text verwendet. Der Anmerkungsapparat offenbart eine vielgestaltige Quellenbasis. Im Vorwort werden ausführliche Leseanregungen zu bestimmten Fragestellungen und Themengebieten gegeben, bis hin zu wichtigen Aufsätzen in Sammelbänden.

Ein erstaunliches kleines Buch – zitatenreich und populär erzählte Wissenschaft, gut geschrieben und amüsant zu lesen (bis auf einige inhaltliche Wiederholungen). Gerade im Bereich der Sozialgeschichte bietet „Wohlstand, Schönheit, Glück“ vielfache Anknüpfungspunkte zu den Arbeiten über Westdeutschland.

Jens Scholten



IMPRESSUM

Akkumulation. Informationen des Arbeitskreises für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte, im April 2001.

Herausgegeben vom Vorstand des Arbeitskreises für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte e.V., c/o Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Fakultät für Geschichtswissenschaft, Ruhr-Universität Bochum, 44780 Bochum. Fax: 0234/32-14464.

<http://www.ruhr-uni-bochum.de/akku>

Redaktion: Lutz Budraß und Jan-Otmar Hesse. An dieser Ausgabe arbeiteten ferner mit: Sabine Brinkmann, Christian Kleinschmidt, Helge Peukert, Werner Plumpe, Jens Scholten, Stefan Unger. Akkumulation wird Mitgliedern des Arbeitskreises kostenfrei zugesandt. Das Abonnement von vier Ausgaben kostet DM 20. Bankverbindung: Konto-Nr. 333 070 59 bei der Sparkasse Bochum, BLZ 430 500 01.

ISSN-Nr. 1436-0047